

Berlin! Um die enge Verwandtschaft, die „Waffenbrüder-
schaft“, der christlichen Gewerkschaften mit den sozialdemo-
kratischen zu beweisen, führt das Flugblatt einen Aus-
spruch Giesberts an, wonach die christl. Gewerkschaften die
„wirtschaftlichen Machtkämpfe“

„meistens gemeinsam mit der sozialdemokratischen Diszi-
plin durchzuführen.“

Wie sagte Giesberts in Wirklichkeit? Er führte aus:

„Die christlichen Gewerkschaften haben be-
wiesen, daß es ihnen bitter ernst ist mit der
Aufgabe, die Lohn- und Lebenshaltung der
Arbeiter zu verbessern. Dafür zeugen die
Kämpfe, die wir meistens mit der sozialdemokratischen
Richtung durchzuführen müssen. Allerdings gehen
wir nicht blindlings mit den Sozialdemo-
kraten zusammen, wir prüfen und erwägen
das Kampfesziel und beurteilen und beschließen
unabhängig und selbständig, ob wir einen
Kampf beginnen wollen oder nicht. Ich könnte
eine Reihe von Beispielen anführen, wo wir
trotz aller Maßnahmen der Gewerkschaften uns ge-
weigert haben, an Streiks teilzunehmen, die
wir nicht für berechtigt und aussichtsreich
hielten.“ (Zentralblatt 1908, Nr. 18.)

So hätte „Eich Berlin“ die Antwort geben müssen
auf seine Frage „Wo stehen wir in der Gewerkschafts-
bewegung?“. Was ist daraus geworden? Ein widerliches
Pamphlet, gespickt mit Entstellungen, Verdrehungen, Un-
wahrheiten und feiger Denunziation.

Wir haben uns schon oft gefragt, wie ist es möglich, daß
eine Verbandsleitung derartiges der katholischen Geist-
lichkeit zu unterbreiten wagt. Denn wer sich auf Grund
solcher Materials ein Urteil im Sinne „Eich Berlin“ bildet,
der ist doch betrogen. Und gerade da, wo es sich
um eine so wichtige Frage handelt, die so ungeheure Konse-
quenzen nach sich zieht. Hat sich das die Leitung von
„Eich Berlin“ nicht überlegt, oder mangelt es ihr an der
Qualifikation, um das zu beurteilen. Nach alledem, was
wir wissen und was wir erfahren haben, nehmen wir das
Lehete an. Wie aber muß es um eine Sache stehen, für die
mit solchen Mitteln gekämpft wird?

Der Zwangs-Arbeitsnachweis im preußischen Landtag.

Kunmehr hat, auf Grund einer Interpellation des
Zentrums, das preußische Abgeordnetenhaus mit dem ein-
seitigen Zwangs-Arbeitsnachweis des Zechenverbandes im
Ruhrkohlenrevier sich auch beschäftigt. Bei dieser Aktion
ist — ebenjowenig als im Reichstag — Positives zugunsten
der Arbeitererschaft nicht herausgesprungen. Aber weite-
re Aufklärung über die Stellung der Staatsregie-
rung und Parteien zur Frage des Arbeitsnachweises ist
doch geschaffen worden. Es ist immer von Vorteil zu wissen,
wie die entscheidenden Faktoren zu den vitalsten Lebens-
fragen der Arbeiterschaft sich stellen. Wie das Unter-
nehmertum sich stellt, wissen wir; von ihnen ist vorab
nichts zu erwarten.

Aber auch von der preußischen Staatsregierung ist
vorab nichts zu erwarten. Der preußische Handelsminister
Sjbow hat u. E. aber eine klarere Stellung zu der stritti-
gen Frage des Zwangs-Arbeitsnachweises eingenommen,
wie der Staatssekretär des Innern Delbrück im Reichs-
tag getan hat. Sjbow will abwarten, wie der Zechen-
verband seine Vorstellungen hält; er will aber mit den
Staatsgruben in Westfalen dem Zwangs-Arbeitsnachweis
nicht beitreten. Dazu führte er u. a. aus:

„Die Staatsregierung wird mit allen ihr zur Ver-
fügung stehenden Mitteln darauf halten, daß der Arbeits-
nachweis in dem Sinne ausübt wird, wie es der Staats-
regierung gegenüber festgelegt ist. Ob noch etwa, wie der
Herr Staatssekretär des Innern im Reichstag angedeutet
hat, bei Beratung des Stellenvermittlungsgesetzes eine
Bestimmung zu treffen sein wird, wonach die Staatsregie-
rung unter gewissen Bedingungen ein Kontrollrecht über
alle derartige Arbeitsnachweise hat, das ist eine Frage,
die zurzeit der Erörterung im Bundesrat unterliegt
und die zurzeit im Reichstage weiter besprochen werden
kann. Ich selbst würde kein Bedenken gegen solche Kon-
trollvorschriften haben. Wer rechtchaffen handelt, hat sie
nicht zu fürchten.“

Die Staatsregierung hat stets auf dem Standpunkt ge-
standen, sich bei Ordnung der Arbeitsverhältnisse voll-
kommen freie Hand zu wahren, sich nicht durch Majoritäts-
beschlüsse, am wenigsten von solchen privater Unternehmungen
binden zu lassen. Die preußische Bergverwaltung ist
insolgedessen dem Zechenverbände nicht beigetreten und

wird es auch nicht tun. Sie wird sich auch nicht dem
Zwangs-Arbeitsnachweis anschließen.“

Das ist eine ziemlich klare Stellungnahme, seitens des
preußischen Handelsministers, der ja auch Mitglied des
Bundesrats ist. Eine bestimmte Stellung zu parti-
tätischen Arbeitsnachweisen, wie solche von der organi-
sierten Arbeiterschaft gefordert werden, hat der Handels-
minister nicht eingenommen. Er wies darauf hin, daß
Arbeiter früher auch einseitige Arbeitsnachweise für
sich gefordert hätten; da seien ihnen die Unternehmer ge-
folgt, und nun habe die Arbeiterschaft eine Schwen-
kung gemacht und fordere paritätische Arbeitsnachweise.
„Es wirken einseitige Arbeitsnachweise der Arbeiter, es
wirken einseitige Arbeitsnachweise der Arbeitgeber, und es
wirken die paritätischen in vieler Beziehung mit gleichem
Erfolge.“ Nach meiner Kenntnis der Verhältnisse und
nach meiner Überzeugung ist der Boden für einen parti-
tätischen Arbeitsnachweis im Ruhrrevier noch nicht vor-
bereitet.“

Es ist richtig, daß der sozialdemokratische Gewer-
schaftskongress zu Frankfurt in den 90er Jahren in einer
Resolution aussprach:

„Grundsätzlich abzulehnen ist jede Erwägung der Mög-
lichkeit einer gemeinsam geführten Arbeitsvermittlung zwischen
Arbeiter und Arbeitgeber.“

Hier muß aber festgestellt werden, daß diese Meinung
von der christlich organisierten Arbeiterschaft
nie geteilt und vertreten wurde; sie hat also keine
Schwenkung gemacht und steht nach wie vor auf dem
Standpunkte, daß paritätische Arbeitsnachweise zu schaffen
sind.

Daß einzelne der verschiedenartig gestalteten Arbeits-
nachweise mit gutem Erfolge wirken, kann ganz gewiß nicht
bestritten werden. Zu leugnen, daß auch einzelne vernünftige
Unternehmer unter der großen Zahl der Arbeitgeber
sich befinden, fällt uns auch nicht ein. Wie es aber mit
den Scharfmachern in den großen Arbeitgeberverbänden
bestellt ist, hat mit erschreckender Deutlichkeit die Broschüre
über den Mannheimer Zwangs-Arbeitsnachweis der Metall-
industriellen aller Welt vor Augen geführt. Ueber diese
brenzlige Angelegenheit — die vom Abg. Trimborn
bei Begründung der Interpellation zur Sprache gebracht
und mit größter Schärfe verurteilt wurde — ist der
Handelsminister hinweggelitten, ohne sie auch nur
mit einem Worte zu berühren. Es darf ferner zugegeben
werden, daß im Ruhrrevier bei den Grubenbesitzern der
Boden für einen paritätischen Arbeitsnachweis noch unge-
nügen vorbereitet ist; aber das verschulden wahrlich nicht
die Arbeiter. Die Grubenbesitzer im Ruhrrevier bzw. ihre
Vertreter sind bekannt als die größten Scharfmacher
unter den deutschen Industriellen. Daher besteht auch gar
keine Hoffnung bei der Arbeiterschaft, daß diese den Zwangs-
Arbeitsnachweis so loyal handhaben werden, wie sie es
dem gutgläubigen Handelsminister zugeagt haben. Ent-
lich wird die Zeit dem Herrn Handelsminister noch lehren,
daß die Scharfmacher paritätische Arbeitsnachweise selbst
bei der loyalsten Arbeiterschaft überhaupt nicht wollen.
Die Klinte der Gesetzgebung muß hier in die Hand ge-
nommen werden, sollen auf dem Gebiete des Arbeitsnach-
weises befriedigende Verhältnisse und Ruhe geschaffen wer-
den, welche die christlich organisierte Arbeiterschaft auf-
richtigst herbeisehnt.

Zuletzt möchten wir aber noch betonen, daß es unab-
weisbare Pflicht des Reichstages ist, im bevorstehenden
Stellenvermittlungsgesetz mindestens eine Zwangskontrolle
der Regierung über alle einseitigen Zwangs-Arbeitsnach-
weise festzulegen. Wir pflichten darin dem Herrn Handels-
minister bei: Wer rechtchaffen handelt, hat sie nicht zu
fürchten!

Was nun die im Abgeordnetenhaus kundgegebene
Stellung der verschiedenen Parteien zur stritti-
gen Frage angeht, so richtet sich diese bekanntlich wesent-
lich nach der gesamten wirtschaftspolitischen Auf-
fassung derselben von den Rechten der Arbeiterschaft.
Konservative und Freikonservative stehen auf
ablehnendem Standpunkte und vermögen sich nicht grund-
sätzlich auf den Standpunkt zu stellen, daß die Arbeit-
erschaft ein dem Unternehmertum gleichberechtigter Faktor
bei Regelung des Arbeitsverhältnisses sein muß. Sie billigen
in vollem Umfange das Verhalten der Staatsregierung
und hielten ein Gesetzgeber, des Einschreiten für nicht am
Platze oder noch verfrüht.

Mit dem Zentrum stellten sich jedoch die Frei-
sinigen und Sozialdemokraten auf den Stand-
punkt der Arbeiter und verlangten paritätische Arbeits-
nachweise. Diese wurden namentlich vom Abgeordneten

Imbusch in sehr wirkungsvoller Weise vertreten, der
einzelnen Ausführungen dem Handelsminister beipflichtete,
konnte, in manchen Darlegungen demselben aber auch ja-
lichen Widerspruch entgegensetzte. Den das richtige Ma-
ßer Kritik übersteigenden Darlegungen des sozialdem-
okratischen Redners widersprach Abg. Imbusch jedoch auf
Sehr schlecht kam bei ihm aber weg der Redner der Nati-
onalliberalen; der ohne weiteres den Standpunkt des
Grubenbesitzer vertrat und sich bemächtigt fühlte, auch
dem Tone christlicher Arbeiterführer und Gewerkschafts-
blätter wegwerfende Kritik zu üben. U. a. tischte der Ge-
auch wieder das Märchen auf, die christlichen Gewer-
schaften ständen unter der „Gide des Zentrum“. Dann
zitierte er scharfe Stellen des bekannten Unter-
nehmerblattes, der „Rheinisch-Westf. Zeitung“ über die
Interaktion des Gewerkschaftssekretärs Effert.

Abgeordneter Imbusch führte den Vertreter der
Scharfmacher glatt ab und führte aus, daß die christlichen
Gewerkschaften vom Zentrum völlig unabhängige Berufs-
organisationen seien und man vom Zentrum auch nicht
versucht habe, Einfluß auf die christlichen Gewerks-
schaften auszuüben. Die von Herrn Effert vertretene
Meinung sei eine rein persönliche; die Stellung der
Gesamtheit der Gewerkschaften christlicher Bergarbeiter
werde in den Publikationen des Vorstandes des Gewerks-
vereins festgelegt. Dann zitierte Redner eine Blütenlese
von Ausfällen, scharfster und höhnischer Art, aus Unter-
nehmertreffen und -blättern gegen die Regierung und aus
alle anderen Parteien, die sich nicht willig auf den selbst-
herrlichen Scharfmacherstandpunkt der Unternehmer stellen.
Die Wirkung dieser Darlegungen und Zitate suchte der
zweiter vorgelesener Redner der Unternehmer abzu-
schwächen durch ein Zitat aus dem „Zentralblatt der christ-
lichen Gewerkschaften“, doch vergebens; die Hiebe saßen
und an den verdutzten Gesichtern, die es dabei gab,
konnte man die Wahrheit des Dichterspruches erkennen:
„Wahrheit bleibt doch Wahrheit, wie ich seh;,
Gut eingetriben tut sie weh!“

Zuletzt wies Abg. Imbusch noch nach, daß von Unter-
nehmern selbst zum Kontraktbruch von Arbeitern verleitet
und aufgefordert worden und dann der Kontraktbruch be-
zahlt worden sei durch Vergütung von sechs gan-
nicht verfahrenen Schichten, da die Beche, auf
welcher der Arbeiter Kontraktbruch geworden war, dem
selben die gesetzliche Strafe am Lohn für sechs Schichten
abgehalten hatte. Dagegen fanden allerdings die Natio-
nalliberalen keine Worte.

Nun ist auch diese Aktion vorbei. Ohne Wirkung ist
zweifellos nicht geblieben. Ganz besonderen Eindruck
wohl auf allen Seiten des Abgeordnetenhauses — macht
der Schlußappell des Abgeordneten Trimborn an
die Aktionäre und Augenbesitzer der Gruben-
bahngesellschaft:

„Es kann dem anständigen Aktionär und anständigen
Augenbesitzer wahrhaftig nicht gleichgültig sein, auf welche
Weise das Geld erarbeitet wird, aus dem er seine Dividende
und seine Ausbeute bezieht. (Sehr gut!) Es kann
für den Aktionär nicht gleichgültig sein, ob dieses Geld
unter Respektierung der Menschenrechte oder ob es unter
schäfflicher und politischer Fesselung großer Arbeitermassen
erarbeitet wird. Das ist ein Gesichtspunkt von allergrößter
Bedeutung, den auch der einzelne Aktionär zu beherzigen hat.“

Mögen diese Worte, wie leider so viele nach der Scharf-
macherseite hin, nicht unbeachtet ins Land hinausgerufen
sein. — Für die Arbeiter bleibt vorab nichts anderes übrig,
als sich allgemein zu organisieren, sich engstens aneinander
zu schließen und sich zu rüsten für einen eventuell not-
wendig werdenden Kampf zur Erlangung paritätischer
Arbeitsnachweise.

Zur Lohnbewegung im Baugewerbe.

Der Arbeitgeberverband für das Bau-
gewerbe läßt folgende Nachricht verbreiten:

Der Vorstand des Deutschen Arbeitgeberbundes für das
Baugewerbe hielt in Berlin eine vorbereitende Sitzung ab,
in der die gesamten Forderungen des neuen Tarif-
vertragsmusters nochmals eingehend besprochen und die Be-
richte der vollständig anwesenden Vorstandsmitglieder aus dem
von ihnen vertretenen Verbänden entgegengenommen wur-
den. Die Berichte ergaben eine vollständige Ein-
stimmigkeit über die Notwendigkeit, das be-
reits festgestellte Vertragsmuster zur Geltung
zu bringen und der Generalversammlung in Straßburg
zur Annahme zu empfehlen. Wenn die Generalversamm-
lung am 24. Februar den Vorschlägen ihres Vorstandes be-
gestimmt haben wird, sollen erneut Verhandlungen mit den

Die Baukunst einft und jetzt.

Von Leo vom Schenervald.

Nachdruck nicht gestattet.

III.

Für den privaten Bau wurde die Renaissance das, was
die Gotik dem Kirchenbau war: die veredelnde und schöpferi-
sche Kunst im Bauwesen. Die Renaissance stand
in Italien, um etwa 1400 manchen der ersten Anzeichen
geltend, die eine Verbrüderung der antiken und mittel-
alterlichen Architektur erprobten. Das Bürgertum mit seinen
einflussreichen Jüngern in den Städten will neue Bahnen ein-
schlagen, und das nächste ist, der bisherigen Bauform neue,
geschmackvolle Formen aufzubringen. Zielbewußte Gemies, wie
Filippo Brunelleschi, studierten die römischen Trümmer und
verbanden ihre neuen Ideen mit letzteren. Das also Geschaffene
titulierten man Renaissance — vom italienischen rinascimento.
Man unterscheidet drei Perioden: Die Früh-, Hoch- und Spät-
Renaissance. 1420—1500, 1500—1540 und letztere von 1540
bis 1600. Die grundlegenden Veränderungen der Grundriszdispo-
sitionen bestanden vor allem darin, daß an Stelle des griechi-
schen Kreuzes die mit dem quadratischen Knuppelbau verbunde-
nen Flügel um weitere Bauteile bereichert wur-
den. Die Treppen lagen an Stelle im Innenraum, im Hof
unter Bogenhallen. An den Hauptbau lehnten sich maj-
stätische Kuppeln von würdevoll und unwillkürlich Grundrisz.
Die Säulenmuster, speziell die korinthischen, wurden glatt
übernommen und nur die Kapitelle neu kanonisiert. Die Form wird
reiner, geschmeidvoller. Neu hinzukommen die ausgearbei-
eten Figuren (Keruen). Bekannt sind die römischen Ar-
kadenbauten, die, feingliedriger, dem Gesamtsitz zugeleitet wer-
den. Die gotischen Gewölbe heißen grundlegend und neu
wird nur das Spiegelgewölbe, ein oben gedrückt, abgestumpft-
tes Klotzgewölbe. Die Konstruktion wird aber durch allzu
reichliche Verzierung wirkungslos, und hinzukommt noch die
französisch verzierte Holzdecke. Für die Fassade wird
der natürliche Quader aus Sandstein maßgebend. Zeitweise

— je nach den Landestheilen — treffen wir auch auf Imitation
durch Stuck. Die Quadern sind möglichst gleich in der Größe
und einheitlich in der Position. Die anfangs nicht ge-
schiedenen Stagen werden in der Hochrenaissance durch mehr
oder weniger profilierte Gesimse (Gurten) getrennt. Ein wich-
tig wirkendes Hauptgestirn in korinthischer Form krönt das
Ganze. Neu sind auch die Fenster- und Türöffnungen,
die künstlerisch mitunter zu stark wirkende Typen zeigen. Das
Fenster an sich erfährt insofern eine Veränderung, indem man
in der Mitte der Öffnung eine Säule versetzt und durch
einen Sturz oder Bogen überdeckt. Die so entstehenden zwei
Fenster mit nur einer Innenöffnung nennt man das „ge-
luppelte Fenster“. Erwähnenswert ist noch die Dekorati-
on, da sie Medaillons und Wappen in Stein, räumlich ge-
ordnet, aufnimmt. Auch die Konsolle wird vielfach verwendet.
Die klingendsten Namen dieser Epoche sind, außer dem schon
genannten Brunelleschi, Mantegna, der Lehrer Raffaels, und
Alberti. Für den Kunstsinne der Italiener ist es bezeichnend,
daß die vorstehend genannten Meister der Renaissance in Ita-
lien geboren wurden. Noch ein Meister, Bramante, verdient
größere Beachtung. Er schuf das „freie Prinzip“. Die Kloster-
kirche von Pavia als Apside, die zu Rusto Krizio, innen Apside,
außen Quadrat mit pyramidalen Kuppel, und der Dom zu Como
wird teils sein Werk. Der Einfluß seiner Ideen läßt sich zum
wunderbarsten nicht verkennen. (Die so viel bewunderte und sehr
bekannte Madonna Raffaels in Dresden sei an dieser Stelle
legitimiert. Die Statue stammt aus S. Eustachio in Piacenza.)
Professor- und Monumentalbauten kleineren Stils dieser Epoche
sind die zahlreichen Brüdererschaftshäuser Italiens zur
Zeit der Frührenaissance. In Deutschland und Frankreich
vollzieht sich erst nach der Reformation oder das Studium. Hier
gibt es also nur eine Renaissance. Die Hochrenaissance
Italiens läßt die Peterskirche in Rom als sicheres
und zugleich bedeutendstes Beispiel ihrer Zeit zurück. Die Spät-
renaissance kennt Sigismondo als neuen Reformator mit „gemisch-
ten Gesimsen“. Die bissher nicht genübte Spätrenaissanceform,
mit kreisförmigem Innenbau, die Kolonnenbau im ersten und
zweiten Stage lassen uns wieder neues oder doch zusammen-

gestiftetes Alte erkennen und in der Disposition bewundern.
Die einzelnen Denkmäler, namentlich aufzuführen, würde die
Arbeit unnütz verlängern, da wir vorerst in der Heimat und
dann in Italien lernen wollen. Nur eine Ausnahme sei noch
festgestellt: die bedeutendste Jesuitenkirche in Genu in Rom, 1551.
Ihre Zentralbau, sondern ein lateinisches Kreuz bildet die Grund-
form des Baues, und gleichzeitig finden wir hier — als bei
verschiedenen Jesuiten Werk — den Grundstein des Barock-
stils. Die italienische, am höchsten entwickelte Kunst teilt sich
wieder in mehrere Schulen oder Systeme. So die Florentiner,
Palladiner, Florentinische, als die bedeutendsten. Doch wird das
vorstehend Gesagte ja auch zum notwendigsten Verständnis
genügen. In Deutschland tritt die Renaissance etwa ein-
halbdes Jahrhundert später auf und ist schon auf dem Wege
über Frankreich bedeutend revidiert worden. So rein, wie
im italienischer Stil, gibt es keine deutsche Renaissancebauten.
Ihr Motiv und Charakter sind durcheinandergeworfenes Ma-
terial. Säulen, Pfeiler, Gebälk, Fenster- und Türanlagen, an
derer Stilarten wahllos gemengt. Die Verzierungen im In-
nern und an den Fassaden — nach dem Grundsatz „kräftig
— entbehren des klaren Verständnisses. (Neu wird die
Statt von den meisten Bauminteressenten keineswegs so ver-
nachlässigt.) Neu werden die Holzbelegungen der Decken und
Wände. Der Dekoration wird an Stelle aus geschmei-
nem Marmor oder Sandstein vielfach imitiert. Das Ma-
tial findet eine allzu reichliche Verwendung
beim Bau resp. beim Schmuck desselben. Ob wohl als Vorteil
für den massiven Bau an der Außenseite? Zu Stein ge-
hört Stein, und der Goldschmied oder Metallgießer möge immerhin
für den Innenbau besorgt sein. Wirt für den Kunststreben ein
solcher Monumentalbau ohne gutaten nicht impositant
als ein mit Bronze- oder Blechbildchen „geschmückter“
Die deutschen Meister der Renaissance und ihre Werk-
haben nicht den Ruhm erlangt wie ihre südblichen Kollegen.
Zimmerbau ist es wertvoll, ihr Wollen recht stolz sein können
beitragen, und nicht die deutsche Epoche die Jahre 1540—1600

Arbeiterorganisationen stattfinden. Es wurde die Hoffnung ausgesprochen, daß diese Organisationen die Notwendigkeit der neuen Fassung des Vertragsmusters erkennen und anerkennen werden, da die Arbeitgeber nicht in der Lage sind, unter anderen Bedingungen weiter zu arbeiten, sondern gezwungen sein würden, im Falle des Nichtzustandekommens des Vertrages ihre Geschäfte zu schließen.

Wir verstehen nicht, wenn „das bereits festgestellte Vertragsmuster zur Geltung“ gebracht werden soll, warum dann noch überhaupt Verhandlungen in Aussicht genommen werden. Und dem entspricht ja auch der Schlusssatz. Oder soll das nur ein Bluff sein? Den benötigten die Arbeiterorganisationen nicht, sie sind auch so auf alle Eventualitäten vorbereitet.

Der Arbeitgeberbund in Hannover versandte folgendes Rundschreiben an seine Mitglieder:

„Arbeitgeberbund für das Baugewerbe zu Hannover, den 4. Januar 1910.

An die verehrlichen Mitglieder des Arbeitgeberbundes f. d. B., Hannover.

Betr. Streik Klausel.

Aus den bisher mit den Arbeitnehmern gepflogenen Verhandlungen läßt sich nicht erkennen, wie sich in diesem Frühjahr die Verhältnisse im Baugewerbe gestalten werden. Auf jeder der Arbeitnehmer tritt unverkennbar das Bestreben hervor, die Art und Höhe ihrer Forderungen noch nicht fest zu offenbaren, sondern erst im Frühjahr, wenn sich die geschäftliche Tätigkeit wieder zu regeln beginnt, damit hervorzutreten. Diese Taktik wird nicht nur bei uns, sondern auch überall, wenigstens in den größeren Orten, geübt. Es ergibt sich hieraus, daß die Möglichkeit eines Kampfes nicht ausgeschlossen ist, und auf Seiten der Arbeitnehmer richtet man sich fortgesetzt auf eine solche Auseinandersetzung ein, nur ist man sich augenscheinlich über die hierbei einzuschlagenden Wege noch nicht klar. An die Arbeitgeber tritt infolgedessen die Mahnung heran, bei Übernahme von Lieferungsverpflichtungen den Bauherrschaften gegenüber auf diesen Umständen Rücksicht zu nehmen und überall darauf zu achten, daß die Streik Klausel in dem Bauvertrage enthalten ist. Wenn auch die früheren vorhandenen Voreingekommenheit in der Rechtspflege den Arbeitnehmern gegenüber sich durch die eingetretene Wandlung in den Anschauungen über die Arbeitgeberverbände gemildert hat, so ist doch bringend zu raten, in allen Fällen, gleichviel welcher Art, die Streik Klausel in den Bauvertrag aufzunehmen. Um dies zu erleichtern, erhalten die verehrlichen Mitglieder anliegend eine Anzahl Exemplare der Streik Klausel zur gefälligen Benutzung. Die Fettel sind gummiert und können daher leicht den Verträgen nachgefügt werden.

Da der Arbeitgeberbund in solchen Fällen seine Hilfe nicht gewähren soll, wo die Streik Klausel in dem Vertrage fehlt, so werden die Mitglieder um gefällige Mitteilung gebeten, wenn ihnen Fälle bekannt werden, in denen die Aufnahme dieser Klausel absichtlich unterlassen ist.

Hochachtungsvoll
Der Vorstand des Arbeitgeberbundes f. d. B. Baugewerbe.
gez. G. Behrens.“

In einem Rundschreiben des Verbandes der Baugeschäfte von Berlin und den Vororten heißt es:

„Der Vorstand des ergebenst unterzeichneten Verbandes muß es als eine seiner wichtigsten Pflichten ansehen, in einer Zeit, da alle verfügbaren Kräfte auf die Stärkung der Organisationskräfte gerichtet werden, erneut an alle Arbeitgeber im Baugewerbe Groß-Berlins, welche dem Verband der Baugeschäfte noch fernstehen, die ernste und bringende Bitte zu richten, endlich die Mitgliedschaft beim Verbande zu erwerben. Ohne Überhebung dürfen wir wohl sagen, daß der Verband seine Aufgabe, die Interessen des Baugewerbes zu fördern, mit einem sich von Jahr zu Jahr mehrenden Erfolge erfüllt hat. Durch ruhige und feste Arbeit hat er sich über seinen Wirkungsbereich hinaus Ansehen und Achtung bei den Behörden, den Parlamenten und beim Publikum zu verschaffen gesucht. Den Gewerkschaften der Arbeitnehmer gegenüber hat er seine Erstberühmtheit und seine Bedeutung im Jahre 1907 erwiesen, indem er in dem Kampfe um die Verkürzung der Arbeitszeit die bis dahin nie bestiegene Arbeiterorganisationen des Baugewerbes zur Wiederaufnahme der Arbeit zu den von dem Verbande vorgeschriebenen Bedingungen zwang und ihnen eine Niederlage beibrachte, die nach den eigenen Erklärungen der Gewerkschaftsführer auf die Gestaltung der Arbeitsbedingungen in ganz Deutschland maßgebenden Einfluß ausübte.

Die Lösung unseres Zeitalters heißt: „Organisation und Konzentration der Kräfte“. Auf allen Gebieten menschlicher Tätigkeit derselbe Vorgang, überall Zusammenschluß zu großen, kräftigen Organisationen; überall die Erkenntnis, daß der einzelne seine Interessen in dem Ringen um den Erfolg nicht genügend wahrnehmen kann. Darum ist die Forderung des Tages: „Ginein in die Organisationen!“ Wir sind davon überzeugt, daß Ihnen diese Tendenzen unseres Wirtschaftslebens genau so gut bekannt sind, als uns, wir glauben auch annehmen zu können, daß Ihnen das Wirken unseres Verbandes hinreichend bekannt ist, und daß Sie sich ganz von selbst dem Vorgehen unserer Verbandsmitglieder anzuschließen pflegen. Mit einer solchen, gewissermaßen platonischen Liebe ist uns aber nicht gebend, es ist notwendig, daß Sie Ihren Beitritt zum Verband erklären. Nach außen entscheidet die Macht, mit der der Verband durch die Gesamtheit der ihm angeschlossenen Firmen aufzutreten kann. Auch muß gefordert werden, daß jedermann gleichmäßig an den Forderungen, welche im Interesse des Gewerbes freiwillig aufgebracht werden müssen, teilnimmt.

Wir sind weiter davon überzeugt, daß die Zeit nicht mehr fern ist, in der es eine selbstverständliche Pflicht, ja Voraussetzung für jeden Gewerbetreibenden ist, dem Arbeitgeberverband seines Gewerbes, der auch gleichzeitig seine Interessenvertretung ist, als Mitglied anzugehören. Nun aber, da die Verhandlungen mit den Arbeitnehmerorganisationen wieder im Gange sind, nun, da der Ernst der Situation zur Anspannung aller Kräfte gebieterisch nötigt, nun, wo der gewerbliche Frieden am wahrscheinlichsten dann erhalten werden kann, wenn die gesamte Arbeitgeberchaft des Baugewerbes von Groß-Berlin wie ein Mann zusammensteht, müssen wir bei Ihnen vorstellig werden und Sie im Interesse der Allgemeinheit dringend bitten, dem Beispiele von Hunderten Ihrer angesehenen Kollegen zu folgen und unverzüglich dem Verbande beizutreten.

Wir können uns beim besten Willen nicht vorstellen, welche Bedenken gegen den Anschluß an den Verband bestehen sollten. Hier und da ist bei ähnlichen Gelegenheiten gesagt worden, der Beitrag zum Verbands wäre recht hoch. Das ist nicht der Fall.

Geld braucht man allerdings zum Kriegsführen, und der alte Satz: „Wer den Frieden haben will, rüftet zum Kriege“ sollte der Leitfaden für alle Arbeitgeberverbände sein.“

Zum Schluß wird noch einmal zum Beitritt aufgefordert, um so den Arbeitern zu beweisen, daß das Baugewerbe, d. h. die Unternehmer, einig und geschlossen da stehen.

Die Arbeiter können sich daran ein Beispiel nehmen. Im übrigen beweist das, daß die Friedensbetreibungen der Unternehmer nur mit größter Vorsicht aufzunehmen sind. Inzwischen verlaufen die örtlichen Verhandlungen fast durchweg resultatlos.

Rundschau.

Die Gewerbeordnungs-Novelle. Die regierungsseitig mitgeteilt wird, wird in der dem Reichstag demnächst zugehenden Gewerbeordnungs-Novelle zunächst eine Abänderung der geltenden Bestimmungen über die Ausstellung von Zeugnissen für gewerbliche Arbeiter vorgeschlagen, indem die Vorschrift des Handbuchs in die Gewerbeordnung übernommen wird, wonach das Zeugnis im Falle der Kündigung von dieser an verlangt werden kann. Ferner soll nach den Vorschlägen des Beirats für Arbeiterstatistik im Interesse des Schutzes der Arbeiter gegen Unklarheiten im Arbeitsverhältnisse das Lohnbuch zu einem Abrechnungsbuch umgestaltet werden. Daneben wird das Lohnzahlungsbuch für jugendliche Arbeiter aufgehoben. Weiterhin regelt die Novelle die Verpflichtung jugendlicher Arbeiterinnen zum Besuch einer Fortbildungsschule, indem sie auch die jugendlichen Arbeiterinnen dem Fortbildungsschulzwang unterstellt, falls ein solcher durch statutarische Bestimmung einer Gemeinde erlassen ist. Daneben wird bestimmt, daß der Stundenplan der obligatorischen Fortbildungsschulen von der nach Landesrecht zuständigen Behörde festzusetzen ist. — Im Betriebe gewisser gewerblicher Anlagen hat es sich als ein Mißstand herausgestellt, daß Vorschriften über das Verhalten der Arbeiter im Interesse ihrer Gesundheit vom Bundesrat nicht erlassen werden können. Zur Befolgung der Schutzvorschriften mit Hilfe der im § 147 vorgesehenen gesetzlichen Strafen wird deswegen vorgeschlagen, daß durch Beschluß des Bundesrats auch Bestimmungen über das Verhalten der Arbeiter im Betriebe erlassen werden können. Schließlich werden die Befugnisse zur Begrenzung der täglichen Arbeitszeit in Betrieben, in denen durch übermäßige Dauer die Gesundheit der Arbeiter gefährdet wird, die bisher lediglich dem Bundesrat zustanden, auch den zuständigen Polizeibehörden auf dem Wege der Einzelverordnung übertragen.

Ein staatlicher Arbeitsnachweis für ausländische Arbeiter. Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ bringt in ihrer Nr. 82 folgendes Inserat:

Industriearbeiter
aus Holland, Belgien, Italien, Rußland und Oesterreich-Ungarn
für die Saison 1910
beschaffen wir unter sehr günstigen Bedingungen
und erbitten Aufträge baldigst.
Deutsche Zentralarbeitsvermittlung, Berlin SW 11, Hafenplatz 4.
Die Deutsche Zentralarbeitsvermittlung ist bekanntlich ein behördlicher Kontrollapparat für ausländische Arbeiter in Deutschland. Zugleich aber auch, wie aus dem Inserat hervorgeht, eine Arbeitsvermittlungsstelle großen Stils. Das ist doch geradezu toll. Während die Regierung erklärt, für die Arbeitsvermittlung der inländischen Arbeiter nichts tun zu können, nimmt sie diese für die Ausländer selbst in die Hand. Die deutschen Arbeiter müssen sich das entschließen verbitten.

Die badische Regierung und der Mannheim-Ludwigshafener Arbeiterarbeitsnachweis. Die badische Regierung scheint den Praktiken des „berühmt“ gewordenen Arbeitsnachweises in Mannheim-Ludwigshafen tiefer auf den Grund zu gehen. Alle Arbeiter, die infolge Beteiligung am Streik über verhältnismäßig lange Zeit oder bis jetzt gar nicht wieder in Arbeit getreten sind, werden über ihre Erfahrungen mit dem Arbeitsnachweis vernommen. — Offenlich begnügt sich die Regierung damit nicht. Die Maßregelungen erfolgen bekanntlich auch aus anderen Gründen, z. B. wegen Leistenbruch usw.

Zur Lage des Handwerks. J. Conrad veröffentlichte im neuesten Hefte der Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik einen Aufsatz, worin er auf Grund der letzten deutschen gewerblichen Betriebserhebung zu folgendem Ergebnis gelangt: „Eine Verdrängung des Handwerks in irgendeiner bedenklichen Weise tritt nirgends hervor; die Verminderung der Kleinbetriebe war nur mäßig, sicher den Verhältnissen entsprechend und ohne volkswirtschaftlichen Schaden. Der Klein- und Mittelbetrieb erlitt nur unbedeutende Einbuße und nur da, wo der Großbetrieb anders und mehr zu leisten vermochte als jener. Eine Unterfütterung des bisherigen Pfälzismus in der Mittelstandsfrage hat die neueste Erhebung ungewisselhaft nicht geboten. Weder ist für die Auffassung der Sozialdemokratie ein Anhalt geboten, daß der Handwerkerstand nicht zu halten sei, noch auch für die Mittelstandspolitiker, in extremer Weise Zwangsmaßnahmen zur Erhaltung des Handwerks für notwendig zu halten.“

Die Baukonjunktur in Rixdorf bei Berlin verspricht in diesem Jahre eine besonders gute zu werden. Wie wir dem „Berl. Z.“ entnehmen, ist im Haushaltungsvoranschlag der Gemeinde für das kommende Geschäftsjahr eine große Anzahl von Neubauten und Straßenregulierungen aufgeführt. Unter anderem sind für die Fortführung des Schiffahrtskanals 1 365 000 Mk., für das Bauwerk zur Unterführung der Kaiser-Friedrich-Straße unter der Ringbahn 70 000 Mk., für die Anlage der Ringbahnhaltestelle an der Kaiser-Friedrich-Straße 300 000 Mk., zum Bau des Bahnhofs Dammberg und der Anschlagbahn 540 000 Mk. ausgeworfen. Für den Bau neuer Gemeindeschulen sind 447 000 Mk., für die Mädchenschule in der Donaustraße 290 000 Mk., für den Bau einer Realschule am Bobbinplatz 729 000 Mk. eingestellt. Für den Krankenhausbau in Budow sind 547 000 Mk. und zum Bau einer Bade- und Schwimmanstalt auf dem Grundstück Richardstraße 113 150 000 Mk. bestimmt. Ferner sind vorgesehen zum Bau einer Feuerwache mit Straßenreinigungsanstalt auf dem Grundstück Feuerstraße 132 als erste Bauart 200 000 Mk., zur Errichtung von Bedürfnisanstalten 97 000 Mk. und zum Weiterbau des Rathauses 375 000 Mk., zum Erweiterungsbau des Amtsgerichtsbauhauses 286 000 Mk. und 1 500 000 Mk. für den Bau des Elektrizitätswerkes. Für die Regulierung und Neupflasterung von Straßen sind mehrere 100 000 Mk. vorgesehen.

Sieck-Dundersche „Erfolge“. Der stamenden Mitwelt verübelt die Sieck-Dundersche Presse, daß der Brauergesellenverein in Frankfurt a. M. sich den S.-D. angeschlossen hat, nachdem er wegen der Haltung der christlichen Arbeitersekretäre bei der Finanzreform seinen Austritt aus den christlichen Gewerkschaften betriebe hat. Darüber aber brauchen die Siecke nicht zu jubeln, denn viel Staat ist doch mit der gelben Pflanze, genannt Brauergesellenverein, nicht zu machen. Wir kennen

zudem die Verhältnisse in genanntem Verein, und wissen, wie einige vorwärtsstrebende Mitglieder, die durch ihr Zusammenarbeiten mit christlichen Gewerkschaftlern mit gewerkschaftlichen Ideen vertraut wurden, von der Bundesleitung unerschrocken gemacht wurden. Wir kennen die Klagen, die dieferhalb erhoben wurden. Viel Freude werden daher auch die Siecke am Brauergesellenverein nicht erleben. Wenn es den christlichen Gewerkschaften nicht gelang, diesen zu reformieren, dann den Sieckern erst recht nicht. Dazu sind sie viel zu ungeschickt.

Brave gelbe Kinder. Der „reichstreue“ (vaterländisch-gelbe) Arbeiterverein zu Güstrow i. M., hatte anlässlich einer Weihnachtsfeier mit einem Generalmajor z. D. folgenden Depeschwechsel, der auch als bloße Höflichkeitsformel nicht einmal gefallen kann:

Dem Vater der reichstreuen Arbeiter Medlenburgs sendet Dank und Gruß der Verein reichstreuer Arbeiter Güstrow. Gez. Krüger, Pieplow.

Worauf der „Vater“ zurückdrückte:

Meinen treuen Kindern herzlichsten Dank für freundlichen Gruß. Wir halten fest zusammen in Not und Gefahr. Solange die von den gelben Vaterlandbretern soviel gepriesene „Steinmädigkeit“ (Deutsche Freie 1908 S. 219) und ihr Mannesstolz vor Generalsstiefeln solche „Steinmädigkeit“ Großtaten auslösen, braucht's den medlenburgischen Scharfmachern nicht angst zu werden. Schlaft Kinder schlaf, der „Vater“ hülft die Schaf!

Der Konkurrenzkampf in der Zement-Industrie. Wie heftig die Konkurrenz in der Zement-Industrie infolge des Scheiterns der Verbandbildung entbrannt ist, zeigen die Resultate der Vergebung von 15 Millionen Kilogramm Portland-Zement der Königlich Eisenbahndirektion zu Berlin vom 24. d. M. für die Bauzeit vom 1. April 1910 bis zum 1. April 1911. Die Adler-Zementwerke Berlin haben z. B. 200 M. gefordert gegen 263,30 M. bei der gleichen Submission zur selben Zeit im Vorjahre. Die Preise verstehen sich pro Wagon von 10 000 Kilogramm excl. Sacke ab Fabrikstation.

Ein Ziegeleibehälter wurde von den Ziegeleibesitzern Berlins und Umgegend errichtet. Der Grund dazu ist, um die Schädlichen freien Konkurrenz zu beseitigen. Jedenfalls auch, um die kommende bessere Konjunktur kräftiger ausnützen zu können.

Das Submissionswesen in Württemberg soll in nächster Zeit einer Revision unterzogen werden. Die Zentralstelle für Handel und Gewerbe, die sich damit beschäftigt, schlägt vor, bei Aufstellung von Voranschlägen oder Preisbedingungen für die allgemein vorkommenden Arbeiten und Lieferungen und in sonstigen geeigneten Fällen paritätische Vertreter des organisierten Handwerks, Handels und der Industrie beizuziehen, ferner die Führung des Meistertitels Befugten bei gleichen Angeboten und gleicher Richtigkeit zu bevorzugen, das Angebotverfahren nach Prozentsätzen sowie Verbindungen in einer Kaufschlussumme oder die Vergebung von Arbeiten an einen Generalunternehmer in der Regel zu verbieten. Dagegen sollen Zunungen und Genossenschaften gegenüber die freihändige Vergebung und die Übertragung der Arbeiten an Generalunternehmungen zulässig sein. Ferner wurde ausgesprochen, daß die Befugnis zur Ausbildung von Lehrlingen dem Absolventen der Baumeisterprüfung bei Nachweis einer mindestens halbjährigen Lehrzeit, dem Absolventen der Diplomprüfung für Maschinenbau an der Baugewerkschule beim Nachweis einer mindestens dreijährigen persönlichen gewerblichen Tätigkeit erteilt werde.

Wirtschaftliche Bewegung.

Gesperrt sind: Ludwigshafen (Zimmerer), Lügde (Sperre über das Geschäft des Unternehmers W. L. H. e.; derselbe weigert sich, den abgeschlossenen Vertrag innewahalten), Ratingen b. Düsseldorf (Maurer und Bauhilfsarbeiter), Köln, Rh. (Zimmergeschäft Philipp Blum, Titusstr. 2), Zugzug ist fernzuhalten.

Bezirk Saarbrücken.

Bericht über die Verhandlungen im Bezirk Saarbrücken.

Am 30. Dezember 1909 fand eine Vorbesprechung mit dem Kreisverband pfälz. Baugewerke mit dem Sitz in Kaiserslautern statt. Die Vertreter dieses Verbandes verlangten, daß für die ganze Pfalz ein Vertrag abgeschlossen und für alle Orte derselben in Kaiserslautern verhandelt werden solle, bei Fortfall der örtlichen Verhandlungen. Nachdem dieser Antrag von uns abgelehnt worden war, wurde örtlichen Verhandlungen zugestimmt und auch die Lage dafür festgelegt. Die erste Verhandlung war am 5. Januar in Kaiserslautern. Zunächst wünschte der Kreisverband den Geltungsbereich des Vertrages auf das Bezirksamt Kaiserslautern auszudehnen, dem ca. 44 Orte angehören. Auch diesem Antrag konnte unsererseits nicht zugestimmt werden, weil keine Garantie für Einhaltung des Vertrages in solchen Orten gegeben ist, wo die Arbeitgeber überhaupt nicht und die Arbeiter schlecht organisiert sind.

Bei der Frage der Lohnauszahlung bestanden die Unternehmer darauf, daß der Lohn bei Auflösung des Arbeitsverhältnisses erst am nächsten Zahlungstag ausbezahlt werde, während wir dafür eintraten, daß der Lohn sofort beim Austritt gezahlt wird. Die Bauhilfsarbeiter sollten zuerst nicht in den Vertrag einbezogen werden. Nachher erklärten sich die Arbeitgeber für Zulassung der Bauhilfsarbeiter. In den Vertrag sollen sie jedoch nur aufgenommen werden, wenn der Nachweis erbracht sei, wieviel Bauhilfsarbeiter organisiert sind.

In Zweibrücken wurde der Geltungsbereich des Vertrages auf alle Orte des Amtsgerichtsbezirks Zweibrücken ausgedehnt. Mit der genaueren Festlegung der täglichen Arbeitszeit, Pausen usw., die der bisherige Vertrag nicht vorsieht, waren die Arbeitgeber einverstanden. In Stelle des bisherigen Einheitslohnes verlangte man Staffellohne. Nach gründlicher Auspröfung entschieden sich die Unternehmer für die Beibehaltung des Einheitslohnes.

In Firmasens hat bisher kein Tarif bestanden. Bei fast sämtlichen Unternehmern wird im Akkord gearbeitet. Die Schädlichkeit dieses Akkordsystems wurde von den Arbeitgebern selbst bei den Verhandlungen geäußert. Der Vertrag soll nur für die Stadt Firmasens gelten. Bemerkenswert ist, daß die Unternehmer für die 11stündige Arbeitszeit eintraten, weil dies, so behaupten sie, von den Arbeitern selbst in der verschiedensten Weise gefordert werde.

In Homburg sollte der Vertrag zuerst auf das Bezirksamt Homburg, dann auf die Bürgermeisterei Verbach ausgedehnt werden. Eine Einigung wurde dieferhalb nicht erzielt.

In St. Ingbert waren die dortigen Unternehmer der Einladung des Kreisverbandes, an den Verhandlungen teilzunehmen, nicht gefolgt. Beratungen fanden deshalb nicht statt. Bei all den erwähnten Verhandlungen wurde eine Lohnherabsetzung während der jährigen Vertragsdauer abgelehnt. Dasselbe geschah mit der geforderten ständigen Lohnzahlung und Verkürzung der Arbeitszeit unter 10 Stunden. Unser Antrag, daß bei Schlichtung von Streitigkeiten aus dem Vertrage ein unparteiischer Vorsitzender tätig sein soll, sowie die Frage der Einbeziehung der Bauhilfsarbeiter bei den Verträgen, wurde für spätere Beratungen zurückgestellt. Eine Einigung wurde über die Zulassung für Ueberstunden, Nacht- und Sonntagarbeit u. dgl. erzielt. Ferner wurde zugestanden, daß Montag um 7 Uhr mit der Arbeit begonnen und Samstag abends 1 Stunde

früher Feierabend gemacht wird. Auch an den hohen Feiertagen (Weihnachten, Ostern und Pfingsten) soll nachmittags um 4 Uhr Arbeitschluss sein. Die Lohnzahlung am Freitag soll bleiben. Mit Ausnahme von Zweibrücken bestehen die Unternehmern auf Einführung von Staffellöhnen.

In Metz wurden bezüglich der Arbeitszeit am Montag um 7 Uhr, Samstags 1 Stunde früher, sowie des früheren Arbeitschlusses an den hohen Feiertagen, von den Arbeitgebern über diese Punkte bei den nächsten Beratungen eine Erklärung in Aussicht gestellt. Zur Lohnfrage wurde erklärt, daß der Lohn von 63 Pf. genügend sei, eine Erhöhung könne nicht eintreten. Mit dem am Orte bestehenden Fachverein der Maurer und Zimmerer wollen die Arbeitgeber besonders verhandeln, weil sie zu der Verhandlung am 17. Januar nicht zugelassen wurden.

In Saarbrücken verlangte der Arbeitgeberverband für das Baugewerbe im Saargebiet, der sich vor kurzer Zeit dem Deutschen Arbeitgeberbund in Berlin und dem „Hansabund“ angeschlossen hat, die Abschließung eines Vertrages für sämtliche Bauberufe, Schreiner, Glaser usw. Diese Verufe waren auch bei den Verhandlungen am 15. Januar zugegen. Der abzuschließende Vertrag soll für das ganze Saargebiet und das Fürstentum Völkfeld gelten.

Dies wurde von uns aus dem eingangs erwähnten Grunde abgelehnt. Bei der Frage der Arbeitszeit entspann sich eine heftige Debatte. Es wurde dann beschlossen, die Verhandlungen so lange auszusetzen, bis eine Einigung über das Vertragsmuster erfolgt ist.

Für die Gipser des Saargebietes fanden am gleichen Tage die Beratungen über einen neuen Tarif statt. Auch hier wurden die Verhandlungen vertagt, da eine Einigung nicht zustande kam. Zur Lohnfrage erklärten die Meister, daß man sich mit dem Gedanken einer Lohnkürzung getragen habe. Dies sollte jedoch nicht geschehen, aber eine Erhöhung des Lohnes während der dreijährigen Vertragsdauer könne nicht eintreten. Sehr bedeutungsvoll ist, daß die Organisation der hiesigen Gipsermeister aus dem süddeutschen Verband der Gipser- und Stuckateurmeister mit dem G. in Karlsruhe ausgeschieden ist und sich dem Arbeitgeberverband für das Baugewerbe im Saargebiet angeschlossen haben.

In Trier mußte der bestehende Tarifvertrag bis 1. Januar gekündigt werden, sonst bestand derselbe ein Jahr weiter. Während wir von einer Kündigung Abstand nahmen, hat der Arbeitgeberverband den Vertrag zum 1. April gekündigt. In einer gemeinsamen Vorstandssitzung erklärten sich die Fachabteilungen bereit, mit uns zusammen zu gehen. Der Sekretär Semmes wurde kaltgestellt. Eine Verhandlung mit den Unternehmern hat bis heute noch nicht stattgefunden. Angesichts des Verhaltens der Unternehmer kommen auch unsere Kollegen zur Einsicht, nachdem viele gleichgültig geworden waren, daß nur starke geschlossene Organisationen, deren Mitglieder Disziplin und Opferwilligkeit besitzen, in stande sind, weitere Erfolge zu erzielen.

Bezirk Berlin.

Berlin. (Tarifabschluss der Fliesenleger und Hilfsarbeiter.) Der vor zwei Jahren zustande gekommene Vertrag erreichte am 31. Dezember d. Js. sein Ende. Die neu aufgestellten Forderungen sahen eine Erhöhung des Stundenlohnes vor, sowie die Abschaffung der Subunternehmer. Die Arbeitgeber schoben die Verhandlungen bis zum 31. Dezember hinaus, obwohl sie zu einem früheren Termine zugesagt hatten. Das Ergebnis der Verhandlung war gleich null; keine Lohn-erhöhung — aber wesentliche Verschlechterungen sollte der neue Vertrag enthalten. Am 15. Januar fand eine zweite Verhandlung statt, die folgendes Ergebnis zeitigte: 1. Vom 1. April 1911 erhöht sich der Stundenlohn für Leger und Hilfsarbeiter pro Stunde um 3 Pf. Ferner verpflichten sich die Arbeitgeber, für den Fall, daß die Arbeitgeber des Baugewerbes (der Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter) schon früher eine Lohn-erhöhung zugestehen, diese dann ebenfalls sofort zu gewähren. 2. Die beabsichtigte Lohnherabsetzung für durch Alter und Invalidität in ihrer Leistungsfähigkeit Beschränkte wurde zurückgezogen. 3. Desgleichen die Verschlechterungen für den Vorarbeit. 4. Auch in Zukunft sollen die Hilfsarbeiter für alle bisher üblichen Arbeiten vom Arbeitgeber entlohnt werden. 5. Die Arbeitgeber verzichten auf die Einführung der verschlechterten Agitationsklausel. 6. Außerdem verpflichten sich die Arbeitgeber, Zwischenmeister (Subunternehmer) als solche für die Zukunft nicht mehr zu beschäftigen, desgleichen die Arbeitnehmer, daß Mitglieder ihrer Organisationen bei diesen Zwischenmeistern nicht in Arbeit treten. Der Vertrag soll bis zum 31. Dezember 1912 Gültigkeit haben. Eine gemeinsame Versammlung nahm nach sehr lebhafter Debatte den Vertrag an. Derselbe wurde am 22. Januar vor dem Gewerbegericht unterzeichnet. Daran beteiligt sind: der Zentralverband der Maurer und Bauhilfsarbeiter, der Zentralverband christlicher Bauarbeiter und die Freie Vereinigung der Fliesenleger. Der Vertrag tritt am 31. Januar in Kraft.

Bezirk Köln.

Köln. Im hiesigen Zimmerergewerbe drohten ernstere Differenzen auszubrechen. Die Zimmermeister wollten den durch die Innung abgeschlossenen Tarif nicht mehr aufrecht erhalten. Derselbe kündigten uns den Vertrag durch folgendes Schreiben:

Köln, den 28. Dezember 1909.

An den Gesellen-Ausschuß der Zimmermeister-Innung (Zwangsinnung), z. Hd. des Herrn Koad, Alt-gesellen zu Köln.

In der am 21. Dezember stattgefundenen zahlreich besuchten Innungsverammlung wurde einstimmig folgendes beschlossen: Nachdem die Zimmergesellen Kölns den im Jahre 1907 vereinbarten Arbeitsvertrag, soweit die Interessen der hiesigen Zimmermeister gewahrt werden sollen, in keiner Weise gehalten, ist es den Zimmermeistern nicht mehr möglich, diesen Vertrag noch zu halten und erklären ihn daher mit dem heutigen Tage für nicht mehr bestehend. Die in der Zwangs-innung organisierten Zimmermeister erklären sich voll und ganz solidarisch und erstrecken die neuen Erledigungen dieser Angelegenheit im Verein mit dem Arbeitgeberverband, dem die Innung heute in corpore beigetreten ist.

Hochachtungsvoll

Der Vorstand der Zimmermeister-Innung (Zw.-I.) zu Köln. H. Königstein, Obermeister.

Einstimmig wurde von den Kollegen der Beschluß gefaßt, den Vertrag festzuhalten und die Durchführung des Vertrages nach dem 1. Januar dort, wo sie verweigert würde, zu erzwingen. Der Vorwurf der Meister, daß die Gesellen den Vertrag nicht gehalten hätten, beruht auf Falschheit. In dem Tarif ist beim Abschluß des Vertrages auf ausdrückliches Verlangen der Meister (dem sie machen hiervon den Vertrags-schluss abhängig) ein Passus aufgenommen worden, wonach alle Gesellen, die bei Abmahnungsmaßnahmen, d. h. in Fällen, wenn um 10 Pf. höheren Lohn erhalten sollten, als im Vertrage vorgesehen war. Dieser Passus wurde seitens unserer Kollegen nur dann gutgeheißen, nachdem die Meister sich verpflichtet hatten, daß alle Eigentümer, welche sich aus der Durchführung dieses Paragraphen ergeben, beiseite stellen wollten. Der fragliche Passus fand überall den größten Widerstand. Bei den zentralen Tarifverhandlungen in Berlin im Jahre 1908 spielte der Kölner Zimmermeister wegen dieses Passus durchaus eine große Rolle, indem sich die Mitglieder des Arbeitgeber-Verbandes heftig gegen diese Bestimmung zur Wehr setzten. Die Mitglieder des Arbeitgeberverbandes verpflichteten sich jedoch, die vereinbarten Löhne ebenfalls zu zahlen. — Und nun kommt bei uns Herr... Bei am 1. Januar der Lohn nach dem

Tarif eine Steigerung von 62 auf 65 Pf. erfahren müßte, glaubte die Innung aus dem Verhalten der Gesellen diesem striktigen Paragraphen gegenüber das Recht für sich in Anspruch nehmen zu können, sich an dieser Lohnherabsetzung vorbeizubringen zu können. Der Arbeitgeberverband wird zweifellos die Innung in ihrem Glauben bestärkt haben, und dieses aus leicht erklärlichen Gründen. Es haben nun inzwischen mehrere Verhandlungen der Meister mit dem Gesellenausschuß und der Tarifschließungs-Kommission stattgefunden. Desgleichen beschäftigten sich die Kollegen in mehreren Versammlungen mit der Angelegenheit. In einem Schreiben durch den Altgesellen wurde der Standpunkt der Gesellen den Meistern unterbreitet und am 18. Januar teilte der Obermeister in folgendem Schreiben mit, daß die Innung die Vorschläge der Gesellen angenommen hätte.

Köln, den 16. Januar 1910.

An den Vorstand der Zimmerer-Sektion des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter, Köln.

Tolle Ihnen hierdurch ergebenst mit, daß in der am 14. d. M. stattgefundenen Innungssitzung beschloffen wurde, nachdem der Brief des Herrn Altgesellen H. Koad unsere Zustimmung erhalten, die Arbeitsbedingungen vom 19. Dezember 1907 aufrecht zu erhalten.

Hochachtungsvoll

H. Königstein.

Damit ist zur Befriedigung beider Parteien, Meister wie Gesellen, die Angelegenheit nunmehr geregelt. — Das Geschäft des Zimmermeisters Blum mußte jedoch gesperrt werden, weil derselbe sich weigert, den getroffenen Vereinbarungen nachzukommen. Dieses Vorgehen Blums ist um so unverständlicher, als derselbe in der entscheidenden Sitzung der Innung selbst die Vereinbarung gutgeheißen hat. Aber auch der Meister Blum wird es mit der Zeit einsehen müssen, daß es für ihn das Beste ist, die auf Treu und Glauben getroffenen Vereinbarungen auch zu halten; denn die Zimmerer Kölns werden so lange die Sperre aufrecht erhalten, bis Blum seine Unthunlichkeiten geändert hat. Welcher Mann dieser Meister Blum übrigens ist, beweist ein Vorfall, der sich vor 14 Tagen zugetragen. Ein Kollege unseres Verbandes, der bei ihm beschäftigt war, forderte für auswärtige Arbeit das im Tarif vorgesehene Tagelohn (75 Pf. für Mittagessen). Er erhielt dieses zwar, aber auch zugleich als Danksagung für seine berechnigte Förderung die Entlassung. Als der Vertrauensmann unseres Verbandes bei Blum vorstellig wurde, suchte er sich damit zu rechtfertigen, als habe der betreffende Kollege durch sein freches Benehmen seine Entlassung verschuldet. Bezeichnend ist noch, daß Blum früher, ehe er selbständig wurde, eine führende Rolle im „freien“ Zimmererverbande gespielt hat.

Bezirk Danzig.

Für den Bezirk Danzig kommen bei der diesjährigen Lohnbewegung folgende Orte in Frage: Danzig, Oliva, Neustadt, Pr. Stargard, Dirschau, Egerst, Schneidemühl und Schönlanke. Verhandlungen über das neue Tarifmuster haben stattgefunden in Danzig, Pr. Stargard und Schneidemühl.

Die Verhandlung für Pr. Stargard fand am 20. Dezember in Danzig statt. Der Vertreter der Arbeitgeber erklärte sich in der Sitzung bereit, auf Grund des alten Mustertarifs mit einer entsprechenden Lohnherabsetzung einen Tarif abzuschließen. Doch durch ein Schreiben vom 4. Januar wurde diese Zulage wieder zurückgenommen und uns mitgeteilt, daß die dortigen Arbeitgeber in ihrer Sitzung am 3. Januar beschlossen hätten, keine Abweichungen von dem Tarifentwurf des Bundes vorzunehmen.

Ebenso resultatlos verlief die Verhandlung in Danzig, welche am 29. Dezember stattfand. Die von Arbeitnehmerseite geforderte Verkürzung der Arbeitszeit, sowie Erhöhung des Lohnes wurde rundweg abgelehnt. Die Unternehmer bezeugten es als großes Entgegenkommen, wenn sie auf 6 Jahre einen Tarif ohne Lohnreduzierung mit uns abschließen. Einigkeit wurde über die Lohnzulage sowie Lohnzahlung erzielt.

Am 14. Januar fand auch in Schneidemühl eine Verhandlung statt. In Schneidemühl hat unsere Organisation bis jetzt noch keinen Tarif beisehen, da unser Verband erst nach dem letzten Tarifabschluss eingeführt wurde. Nun hat sich die Arbeitgeberorganisation für die Provinz Posen an den Standpunkt gestellt, nur diejenigen Organisationen an den Verhandlungen teilnehmen zu lassen, welche bereits einen Tarif mit den Arbeitgebern abgeschlossen haben. Diesen Beschluß haben die Arbeitgeber bei den Bauhilfsarbeitern durchgesetzt, indem in Posen, sowie auch in Schneidemühl die Vertreter des sozialdemokratischen Bauhilfsarbeiterverbandes ausgeschlossen wurden. Unsere Organisation schloß man jedoch nicht aus, da durch ein Schreiben vom 29. 10. v. Js. von den Arbeitgebern in Schneidemühl unser Verband bereits als mit abschließender Kontrahent anerkannt worden ist.

Der Tarif in Schneidemühl ist bereits am 31. Dezember abgelaufen. In der Verhandlung waren sich beide Teile darin einig, den Tarif bis 1. April zu verlängern. Von Arbeitnehmerseite wurde eine Lohnherabsetzung gefordert, welche von Seiten der Arbeitgeber rundweg abgelehnt wurde. Ebenso lehnten sie eine Zulage bei Arbeiten über Land ab. Dagegen waren sie nicht abgeneigt, nach dem 1. April eine Lohnherabsetzung eintreten zu lassen, sowie den Zimmerern die geforderte Zulage für Wasser-, Karbolinums- und Turmarbeiten zu gewähren.

Schönlanke ist von den Verhandlungen ausgeschlossen, trotzdem die Arbeitgeber dem Bunde angehören.

Forderungen sind ferner noch gestellt in Neustadt und Egerst, eine Antwort ist aber noch nicht eingetroffen. Auch die Arbeitgeber in Dirschau haben sich dem Arbeitgeberbunde angeschlossen und haben die beteiligten Organisationen bei denselben ebenfalls um Unterhandlung nachgesucht. Auch hier ist uns eine Antwort nicht gegeben worden.

Bezirk Hannover.

Celle. Die hiesigen Verhandlungen endigten resultatlos. Die Unternehmer boten eine Reduzierung des Lohnes von 62 auf 50 Pf. an. Es kam dabei zu scharfen Zusammenstößen zwischen den Parteien.

Peine. Die Verhandlungen zur Erneuerung des Tarifvertrages nehmen einen ruhigen Verlauf. Positive Resultate wurden nicht erzielt.

Bezirk Karlsruhe.

Von den Verhandlungen im Bezirk Karlsruhe. In Baden ist es bis heute noch nicht zu Verhandlungen gekommen. Die Arbeitgeber verlangten, daß die Verhandlungen für ganz Baden an einem Ort geführt würden, was von den Arbeitgebern einstimmig abgelehnt wurde. Eine Einigung über diesen Punkt ist also notwendig, wenn wir in Baden überhaupt zu Verhandlungen kommen sollen.

Für die Pfalz haben nach einer Vorbesprechung der Organisationsleiter mit dem Vorstand des pfälzischen Arbeitgeberbundes in Kaiserslautern Verhandlungen in Landau und Neuwied stattgefunden. In Landau wurde eine Einigung über Überstunden, Nacht-, sowie Sonn- und Feiertagsarbeit erzielt. Als Zuschläge wurden vereinbart: für Überstunden 25 Prozent, Nachtarbeit 50 Prozent, Sonn- und Feiertagsarbeit 100 Prozent, Wasserarbeit 25 Prozent und für Reparaturen in Gruben 50 Prozent. Ueber die Vergütung für Überlandarbeiten wurde keine Einigung erzielt werden, auch mußte die Untergrenzung des Tarifgebietes angesetzt werden, da die Arbeitgeber dasselbe auf Orte ausdehnen wollten, wo weder sie noch wir eine Garantie für die Einhaltung des Tarifs übernehmen könnten. Die Tarifskizze wurde nur für die Wintermonate festgelegt, da wir es ablehnten, über die Arbeitszeit in den Sommermonaten zu diskutieren, solange sich die Arbeitgeber zu dem 1907 in Köln gefaßten Beschluß, daß eine Arbeits-

zeitverkürzung unter 10 Stunden nicht stattfinden dürfe, gebunden fühlten. Dagegen waren die Arbeitgeber mit einer Verkürzung der Arbeitszeit am Montag um eine Stunde morgen und am Samstag um eine Stunde abends einverstanden. Sie hatten sie gegen die Lohnzahlung am Freitag nichts einzuwenden. Aber die wöchentliche Lohnzahlung lehnten die Herren entschieden ab, trotzdem bereits zwei Baugewerkschaften in Landau die wöchentliche Lohnzahlung eingeführt haben und damit die Beweis erbringen, daß es auch in Landau ohne 14tägige Lohnzahlung geht. Ein Entgegenkommen in der Lohnfrage ist natürlich ausgeschlossen, aber Klassenlöhne betrachten auch die Landauer Arbeitgeber als ihr Ideal, welches aber hoffentlich niemals verwirklicht wird.

In Neustadt a. d. H. verließen die Verhandlungen ähnlich. Jedoch wurde hier auch das Tarifgebiet bestimmt umgrenzt, und zwar wurde Neustadt, Haardt und Müßbach darin einbezogen. Auch wurde festgestellt, daß das Kammergeschäzzen in Zukunft die Arbeitgeber zu zahlen haben. Jedoch wurde hier keine Einigung über die Überstundenfrage erzielt. In der Lohnfrage erklärte die Arbeitgeber, daß sie beschloffen haben, keine Lohnherabsetzung zu bewilligen.

In Sittigart verließen die von den Arbeitgebern angeführten Verhandlungen ergebnislos, da die Arbeitgeber auch hier für ganz Württemberg verhandeln wollten, die Vertreter der Arbeiter erklärten, nur Vollmacht für Stuttgart zu haben.

Zu den Verhandlungen in Straßburg wurden wir auf Betreiben des Gaultiers vom „freien“ Maurerverband nicht eingeladen. Wie sich hier die Arbeitgeber und der „freie“ Maurerverband das Tarifverhältnis ohne unsere Beteiligung denken, wissen wir nicht. Jedenfalls zeigen sich hier die Wunden mal wieder von ihrer exzessiven Seite.

Die Verhandlungen in Mühlhausen i. Elz. zeigten, daß die Arbeitgeber zwar erst dem Arbeitgeberbund folgten, aber seinen Bestrebungen nicht eine allzu große Sympathie entgegenbrachten. In der letzten Versammlung dieser Herren sollen die Meinungen sehr stark auseinandergegangen sein über die Frage, ob das, was der Bund verlange, durchführbar und im Interesse des Mühlhäuser Baugewerbes geboten sei. Es wurden hier auch Angebote in der Lohnfrage gemacht, die genau zeigen, wohin der Narren von den Arbeitgebern gezogen werden soll. (Sie horten Klassenlöhne: für Maurer von 50—66 Pf. pro Stunde (bisheriger Lohn 56 Pf.), für Bauhilfsarbeiter 40—46 Pf. (bisher 46 Pf.), für Zimmerer 46—52 Pf. (bisher 52 Pf.).) Die Angebote stellen neben Klassenlöhnen eine Verschlechterung von 3 1/2 Pf. pro Stunde dar. Außerdem soll der Lohn für solche Kollegen, die das 28. Lebensjahr noch nicht erreicht oder ihrer Militärpflicht nicht genügt haben, der freien Vereinbarung unterliegen. Auch sollen die Zuschläge eine Verschlechterung erfahren. So sollen für Überstunden pro Stunde 20 Pf. (bisher 20 Pf.) für Nachtarbeit 30 Pf. (bisher 100 Prozent), für Sonn- und Feiertagsarbeit 40 Pf. (bisher 100 Prozent) gezahlt werden. Die Arbeitgeber dürften wohl selbst nicht glauben, daß diese Vorschläge in Mühlhausen jemals verwirklicht werden.

Umgehend in der gleichen Weise gestalteten sich die Verhandlungen in Colmar. Auch hier boten die Arbeitgeber Staffellöhne an und zwar für Maurer von 45—65 Pf. pro Stunde (bisher 50 Pf.), für Bauhilfsarbeiter von 35—45 Pf. (bisher 40 Pf.) pro Stunde. Also hier will man scheinbar mit der Einführung der Staffellöhne eine Lohnherabsetzung eintreten lassen, in der Praxis dürfte hiervon aber nur wenige Kollegen Nutzen haben, während der Lohn der größten Anzahl von Kollegen einer Verschlechterung unterworfen würde. Auch hier machten die Colmarer Arbeitgeber keinen Versuch, diese Forderungen, die der Leiter der Verhandlungen, Herr Orion, Vorsitzender des Landesverbandes der Arbeitgeber, vortrug, zu verteidigen. Unseren Kollegen aber zeigen diese Tatsachen, daß wir auf jeden Fall für die Zukunft energisch unsere Kämpfe betreiben müssen.

Bezirk Münster.

In Dönnbrück fanden mit den dortigen Arbeitgebern Verhandlungen statt. Es wurde vereinbart, daß Tiefbau und Betonbetriebe mit in den Vertrag einbezogen werden. Bezüglich der Vertragsdauer wollten die Arbeitgeber keinen 5jährigen Vertrag, sie halten einen solchen von 3 Jahren für angebracht. Einer Verkürzung der Arbeitszeit standen sie ablehnend gegenüber, ebenfalls einer Lohnherabsetzung. Die Ablehnung einer Lohnherabsetzung begründeten sie damit, daß die Arbeiter beim dem Tarifabschluss 1908 gut abgeschrieben hätten, indem keine Lohnreduzierungen vorgenommen worden seien, die sonst bestimmt eingetreten wären. Daher müßten wir uns nun mit besserer Konjunktur auch gefallen lassen, für den alten Lohn weiterzuarbeiten. Diese Punkte blieben somit offen, ebenfalls die Fragen der Akkordarbeit, Arbeitsnachweis, Schlichtung von Streitigkeiten usw. Eine Erweiterung des Vertragsgebietes auf die Orte Rahne und Harberberg fand beiderseitige Zustimmung. Abgesehen von einigen nebensächlichen Punkten war das Resultat ein negatives, indem die wichtigsten Punkte uns keine Marken brachten; auf Grund der „Anweisungen“ des Bundesvorstandes

Jahresbericht des Bezirks Königsberg i. Pr.

Das Jahr 1909 unterscheidet sich vom Vorjahr deshalb sehr, weil im letzten Geschäftsjahr Arbeitslosigkeit in den ganzen Provinz Ostpreußen reichlich vorhanden war, was von 1908 nicht gesagt werden konnte, sondern das Gegenteil. Die Konjunktur setzte nur, da der Winter bis in den April hinein dauerte, sehr spät ein. Trotzdem kann nicht gesagt werden, daß in Königsberg selbst die Konjunktur besser gewesen sei wie im Vorjahre. Im Gegenteil; aus einem Bericht des statistischen Amtes der Stadt Königsberg, welcher die drei ersten Vierteljahre von 1909 umfaßt, geht hervor, daß gegenüber den Vorjahren eine wesentliche Verminderung der Bauaktivität eingetreten ist. Es wurden in der angegebenen Zeit nur 68 neue Wohnhäuser erbaut, gegen 81 in der gleichen Zeit im Jahre 1908 und 116 im Jahre 1907. Andere nicht zum Wohnen bestimmte Räume wurden im gleichen Zeitraum nur 7 fertiggestellt, 1908 dagegen 43, 1907 70 und 1906 84. Unverkennbar weist der Bericht nach, daß dem Wohnungsbedürfnis der freien Klassen wenig oder gar nicht Rechnung getragen ist. Zu den vorhandenen einsinnigen Wohnungen sind 1909 nur durch 6 Neubauten neue hinzugekommen, dagegen durch Hausabbrüche 77 Wohnungen fortgefallen. Wenn dieses, so sagt der Bericht im allgemeinen nicht gerade als Nachteil zu beklagen wäre, da Wohnungen mit nur einem bezubaren Zimmer zu klein sind, als daß sie den hygienischen und sittlichen Anforderungen entsprechen, die an eine Familienwohnung zu stellen sind, so wäre aber weiter zu ersehen, daß ebenso zweisinnige Wohnungen in welchen der größte Teil der Bevölkerung sein häusliches Leben zubrächte, ebenso im abgelaufenen Geschäftsjahre wenig zugenommen hätten, und zwar nur um 55. Dasselbe Bild ergibt sich bei den dreisinnigen Wohnungen.

Es sind dieses Erscheinungen, welche im Interesse unserer Volksgesundheit sehr zu beklagen sind, und muß hier der Gebet zur Besserung besonders angelehrt werden. Wenn nun die Konjunktur in Königsberg nicht gut zu nennen war, und es trotzdem zu verschiedenen Zeiten an Mauerern mangelte, liegt dieses daran, daß, wie schon erwähnt, in der ganzen Provinz viel gebaut wurde, und die Mauerer vom Lande der Großstadt fernblieben. Dagegen herrschte in Allenstein ein fieberhafte Bauaktivität. Dieses hatte zur Folge, daß insbesondere die Kollegen aus dem Kreise Mohnungen, welche sonst einem großen Teil nach Königsberg kamen, in der Lage da

heimat blieb, zumal der Stundenlohn in Allenstein nur 4 Pf. niedriger ist. Es fanden daher außer unseren Allensteiner Kollegen noch annähernd 300 auswärtige Kollegen dort Beschäftigung, wenn auch nicht andauernd.

Auch hier vor Allenstein, von wo statistisches Material nicht vorliegt, muß gesagt werden, daß trotz der guten Bauwirtschaft dem Wohnungsbedürfnis der breiten Schichten der Bevölkerung nicht genügend Rechnung getragen ist. Die organisierte Arbeiterbewegung muß hier in Zukunft endlich ihre Stimme erheben, damit Abhilfe geschaffen wird, denn daselbst was Dr. Reuhaus vom Statistischen Amt in Königsberg über die dortigen Wohnungsverhältnisse sagt, trifft in weit größerem Maße für Allenstein zu. In Braunsberg war die Konjunktur mittelmäßig, dagegen in der Nachbarstadt Heilsberg gut zu nennen. Auch in den übrigen Verbandsorten war Arbeitsgelegenheit in reichem Maße vorhanden, nur von Bischofsburg und Kemel kann dieses nicht gesagt werden. Im letzteren Orte wurde es besonders zum Herbst schlecht, und mußte daher ein Teil der jüngeren Kollegen in Allenstein Beschäftigung suchen.

Die Mitgliederzahl betrug am Schlusse des 3. Quartals 1912 gegen 1911 im Vorjahre. Der Mitgliederverlust entfällt allein auf Königsberg, andere Orte, insbesondere Allenstein und auch Heilsberg, haben bedeutend an Mitgliedern zugenommen. Die Königsberger Verhältnisse hier noch einmal zu schildern, ist wohl überflüssig, da die unfaire Agitationsweise der sozialdemokratisch organisierten Maurer schon öfter zur Genüge im Verbandsorgan beleuchtet wurde. Unsere Allensteiner Kollegen sind dieserhalb auch mit Recht empört gewesen über die Behandlung ihrer Kollegen in Königsberg, und sie werden dieserhalb auch in der Zukunft dafür sorgen, daß die Pläne des Genossen Kriese, in Allenstein festen Fuß zu fassen, zunichte werden. Die Mitgliederzahl könnte trotzdem größer sein, wenn in allen Verwaltungsstellen die gleiche aufopferungsvolle Arbeit getrieben würde wie in einzelnen. Leider herrscht noch zuviel Unruhe und Gleichgültigkeit; es fehlt an Kollegen, welche sich mit ihrer ganzen Kraft in den Dienst ihrer Kollegen stellen. Von den kleineren Städten seien hier genannt Heilsberg und Braunsberg, welche reges gewerkschaftliches Leben an den Tag legen; besonders groß ist der gewerkschaftliche Geist im erstgenannten Orte, was zur Folge hat, daß sämtliche Maurer und Zimmerer ohne Ausnahme unserem Verband angehören. Während sich die übrigen kleineren Städte endlich einmal hieran ein Beispiel nehmen, so könnte unser Verband noch bedeutend stolzer dastehen.

Ebenso wie der Fortschritt in den einzelnen Orten verschieden war, verhält es sich auch mit der inneren Vertiefung des Organisationsgedankens. Mehr noch müssen unsere Mitglieder, besonders die Vorstände, tun in der gewerkschaftlichen Selbstziehung. Wohl ist es diesbezüglich schon besser geworden, aber immerhin muß noch mehr getan werden. Die christliche Gewerkschaftsbewegung muß Herzenssache jedes einzelnen werden, nur dann werden wir allen Stürmen und Gefahren Trotz bieten können.

Die Geschäfts- und Kassenführung konnte im letzten Jahresbericht als einigermaßen gut bezeichnet werden, es hat sich erfreulicherweise in dieser Beziehung vieles gebessert, insbesondere was die Kassenführung anbetrifft.

Lohnbewegungen wurden an 3 Orten geführt, und zwar in Königsberg, Allenstein und Tapan. Im ersteren Orte wurde der Stundenlohn für Maurer um 1 Pf. erhöht, während für die Arbeiter der alte Lohnsatz erneuert wurde, nur mit dem Unterschied, daß statt wie bisher 2 Lohnklassen, im neuen Vertrage 4 Lohnklassen eingeführt wurden, und zwar 1. für Erd- und Ausschachtungsarbeiter, 2. Bauhilfsarbeiter, 3. Kalt-, Ziegel- und Estrichträger, und 4. für solche Arbeiter, welche auf Baustellen beschäftigt werden, wo mechanische Beförderungsanlagen vorhanden sind. Dieses hat zu Unzuträglichkeiten und Mißstimmungen unter den Arbeitern geführt, und muß danach getrebt werden, diese beim nächsten Tarifabschluß zu beseitigen. In Allenstein konnte für die Maurer und Arbeiter der Stundenlohn ebenfalls um 1 Pf. erhöht werden, während für die Zimmerer 3 Pf. erzielt wurden. Diese standen bisher 2 Pf. pro Stunde tiefer wie die Maurer, und wurden auf unser Drängen hin die Zimmerer mit den Maurern gleichgestellt.

Bei der Firma Pfeiffer, welche dem Arbeitgeberbunde nicht angehört, mußte, da sie sich weigerte den Tarif anzuerkennen, die Sperre verhängt werden, welche 2 1/2 Wochen dauerte. In dieser Zeit hatte sich Herr Pf. besonnen und erkannte den Tarif durch Unterschrift an. In Tapan kam es zum Streik. Die Unternehmer lehnten jede Lohnhöhung und Verkürzung der Arbeitszeit ab. Die Direktion der Landes-Besserungsanstalt, welche ihre Arbeiten selbstständig ausführt, wollte den Tarif für 1909 anerkennen, nicht aber für 1910. Es kam dieserhalb auch hier zur Arbeitsniederlegung. Die Unternehmer fügten u. A. Klein unterzeichneten den Vertrag nach vierwöchigem Streik, während die Anstalten ihre Arbeiten dem Maurermeister Neumann aus Wehlau übertrug. Es mußte dieserhalb mit diesem verhandelt werden, und erklärte sich selbiger bereit, den Vertrag anzuerkennen, es wurde noch 1 Pf. Stundenlohn mehr erzielt, als im Tarif vorgesehen. Die Direktion der Anstalt unterzeichnete nunmehr den Vertrag für 1909 und würde festgelegt, daß im Monat März 1910 über die anderweitige Regelung des Vertrages verhandelt werden soll. Die Maurer bei dem Unternehmer Störmer wollen von einer Organisation noch immer nichts wissen, was zur Folge hat, daß ihre Lohn- und Arbeitsbedingungen immer dieselben bleiben.

Die Arbeitgeberverbände haben sich im letzten Jahre immer mehr entwickelt, besonders in ganz letzter Zeit, was auf die kommende Tarifbewegung zurückzuführen ist. Soweit die kleineren Städte in Frage kommen, wo die Kollegen heute noch zum Teil la, ja ablehnend, der Arbeiterorganisation gegenüber sich verhalten, so wird das Vorgehen der Arbeitgeber auch hoffentlich den Arbeitern die Augen öffnen.

Im Verhältnis zu den konfessionellen Arbeitervereinen hat sich nichts geändert. Der Kampf wird von den katholischen Arbeitervereinen „Sich Berlin“ mit gleicher Schärfe gegen unsere Bewegung geführt. Das Verhältnis zu den evangelischen Arbeitervereinen ist das gleiche freundschaftliche geblieben. Gegenüber den sozialdemokratischen Verbänden ist neues nicht zu berichten. Obwohl bei Abschluß von Tarifverträgen ein Zusammenarbeiten sein muß, geht der Kampf unverändert weiter. Die Weltanschauung bildet eben den Kernpunkt in der Arbeiterbewegung, und muß der Kampf auch in Zukunft in diese geführt werden. Allerdings mit christlichen Mitteln, was man jedoch von sozialdemokratischer Seite nicht sagen kann. Diesen ist eben jedes Mittel recht, wenn es sich um die Bekämpfung andersorganisierten Arbeiter handelt. Von Königsberg, welches die Genossen so gerne als ihre Hochburg ansehen, könnten hierüber Hände geschrieben werden. Unseren Kollegen aber sollte die Sanktionsweise der Genossen die Augen öffnen, und sollten sie sich immer mehr schulen, damit sie imstande sind, bei allen Gelegenheiten sich zu verteidigen, zu können.

Was den Versammlungsbesuch in den einzelnen Orten anbetrifft, so muß derselbe im Durchschnitt als nicht befriedigend angesehen werden. Ausnahmen hiervon mögen Allenstein, Braunsberg und Heilsberg. In allen drei Verbandsorten muß anerkannt werden, daß der Besuch der Versammlungen ein reger war. Die übrigen Verwaltungsstellen sollten sich durch die Heraushebung dieser drei Orte nicht beleidigt fühlen, im Gegenteil, es soll ein Ansporn sein; damit das nächste Mal von ihnen daselbst konstatiert werden kann.

Worüber noch immer viel geklagt werden muß, und was der Ausbreitung der Gewerkschaftsbewegung besonders hinderlich ist, es muß auch hier noch einmal gesagt werden, daß die verdammte Alkoholgenuß. Christlich organisierte Kollegen, enttäuscht dem übermäßigen Genuß

besonders dem Schnaps, diesem volksvergiftenden Getränk. Ihr nutzt dadurch euch selbst, eurer Familie und der gesamten Arbeiterbewegung. Dort, wo schon ein großer Teil unserer Kollegen dieses tut, sehen wir auch Erfolge auf allen Gebieten. Und diese Kollegen ersuche ich auch an dieser Stelle, mitzuhelfen an der Aufklärungsarbeit auf diesem Gebiete.

Der mündliche und schriftliche Verkehr mit den Kollegen war wie in den vorausgegangenen Jahren auch im letzten ein sehr reger. Der Bezirksleiter nahm an 87 Mitgliederversammlungen, 84 Vorstands-Konferenzen und Kassenrevisionen teil. Ferner referierte derselbe in 11 öffentlichen Versammlungen, achtmal in Versammlungen von anderen Bruderverbänden und zweimal in konfessionellen Vereinen. Außerdem mußten 38 Fahrten bei Lohnbewegungen unternommen werden. Der schriftliche Verkehr war folgender: Es gingen aus 306 Briefe, 318 Postkarten, 189 Drucksachen, 14 Postanweisungen, 19 Telegramme und 9 Pakete. Außerdem wurden für eine große Anzahl von Versammlungen die Handzettel im Bureau hergestellt.

Werfen wir einen Blick auf das verfloffene Jahr, so muß man sagen, es war für den größten Teil unserer Kollegen besser wie das vorhergehende. Allerdings hätte in manchen Orten noch mehr für die Kollegen geschehen können, dieses liegt aber nicht an der Organisation, sondern an der Laune und Gleichgültigkeit der Kollegen. Mögen alle Kollegen, welche ihre Pflicht der Organisation gegenüber nicht getan haben, einmal eine ernste Selbsterforschung anstellen, damit es in diesem Jahre besser wird. Eine große Aufgabe steht unserer Organisation zum Frühjahr bevor. Ueberall laufen die Tarifverträge ab und steht ein großer Kampf in Aussicht. Derjenige, welcher nicht seine Kraft in den Dienst unserer Organisation stellt, schädigt sich selbst, seine Familie, sowie den gesamten Bauarbeiterstand. Deshalb, Kollegen, rüftet, denn wer zum Kampfe rüstet, sorgt für den Frieden.

Die Konjunktur-Aussichten sind auch für das Jahr 1910 im hiesigen Bezirke keine schlechten. Ansätze hierzu zeigen sich besonders in Allenstein und Heilsberg. Wie die Baukonjunktur in Königsberg sein wird, darüber kann nichts Bestimmtes gesagt werden, jedoch wird allem Anschein nach auch hier das Arbeitsfeld kein schlechtes werden.

Zum Schluß! Dank allen denjenigen Kollegen, welche sich treu in den Dienst unserer Organisation gestellt haben. Dieses mögen sie auch in Zukunft tun, und gleichzeitig weitere Mitarbeiter und Kämpfer für unsere gute Sache heranziehen. Vor allen Dingen muß mit eiserner Energie und Kraft für die Gewinnung neuer Mitglieder eingetreten werden. Der Anfang hierzu ist bereits durch eine zehntägige Agitationstour, welche der Kollege Marschall und ich bereits unternahm, gemacht worden. Sobald im Frühjahr die Kollegen aus den ländlichen Gebieten zugereist kommen, müssen dieselben, soweit sie noch nicht organisiert sind, für den Verband gewonnen werden. Denn wer ernten will, der soll auch mit säen helfen.

Darum vorwärts, Kollegen, nach dem Wahlspruch: „Nur der erwidert sich Freiheit und das Leben, der täglich sie erobert.“

Aug. Schönkäs, Königsberg i. Pr.,
Altstädtische Bergstr. 50 II.

Jahresbericht des Bezirks Münster.

Die Wünsche und Hoffnungen, welche am Schluß des Jahresberichts 1908 zum Ausdruck gebracht wurden, haben sich nur teilweise erfüllt und kann uns das verfloffene Jahr nicht vollständig befriedigen.

Die Konjunktur war in der ersten Hälfte des Jahres noch eine recht mäßige. Als besonders schlecht muß sie in Münster, Dülmen und Stadthagen bezeichnet werden. Eine bessere war in Burgsteinfurt, Billeder, Emsdetten, Greven, Jöbenbüren, Lingen, Meppen, Paaren, Aurich, Norderne, Bedtha und Warendorf schon seit März festzustellen. Im zweiten Halbjahr machte sich im ganzen Bezirk, besonders in den Landorten eine regere Bau-tätigkeit bemerkbar, welche infolge der milden Witterung bis zum Jahresschluß anhält.

Zu dieser Belebung des Baumarcktes hat wesentlich die Errichtung von öffentlichen Gebäuden (Schulen, Kirchen, Rathhäuser usw.) in einer ganzen Reihe von Orten beigetragen. So wurden in Daaren eine Kirche und zwei Schulbauten, in Greven und Emsdetten ebenfalls je zwei Schulbauten nebst einer Anzahl von Wohnhäusern errichtet. In Meß und Meppen wurde ein neues Rathaus, im letztgenannten Ort noch ein bishöfliches Knabenkonvikt, in Aurich das Bezirkskommando, in Burgsteinfurt ein Fabrikneubau nebst einigen Dreißebanten, in Rheine ein Gymnasium, zwei vierklassige Schulen und ein Kinderheim gebaut. In Lingen wurde die königl. Eisenbahnwerkstätte bedeutend vergrößert und ein Schulbau errichtet. In Gronau wurde eine große Badeanstalt, ein Banngelände sowie eine größere Anzahl Beamtenwohnungen gebaut. Ganze Kolonnen von unorganisierten Holländern hat man hier herangezogen und ihnen die Arbeit in Afford übertragen. Daß dabei die Qualität der Arbeit leiden mußte, versteht sich am Rande. In Burgsteinfurt wurde ein Krankenhaus im Wert von 80 000 M., eine Kinder-erziehungsanstalt für 60 000 M. und drei Schulbauten hergestellt. In Dülmen wurde das Rathaus umgebaut, eine Kirche und zwei Räume renoviert und ein Schulbau errichtet. In Jöbenbüren herrschte eine große Bauflut; doch hatten die Unternehmer oft nicht genügend Arbeitskräfte zur Verfügung. Infolge der niedrigen Stundenlöhne wurde der Ort von den fremden Kollegen gemieden oder sie hielten sich nur kurze Zeit dort auf. In Osnabrück ist ebenfalls eine Besserung eingetreten. Im ganzen wurden hier 192 Neu- und Umbauten genehmigt, ein Schulbau und mehrere Straßenüberführungen der Eisenbahnverwaltung vollendet. In Münster liegt die Bau-tätigkeit noch völlig darnieder, und scheint es, als ob noch eine geraume Zeit notwendig wäre, um die Folgen der gewijenslofen Grund- und Bodenpekulation der Jahre 1906 und 1907 zu überwinden.

Für das kommende Jahr sind schon Anzeichen vorhanden, daß die Bau-tätigkeit noch viel lebendiger wird. In Rheine wird die Gynnasialkirche in Angriff genommen, ferner steht die Znan-griffnahme von 60-70 Wohnhäusern, ein großer Maststall, sowie der Kanalhofen in festerer Aussicht. In Emsdetten sind jetzt schon 35 Wohnhäuser angemeldet, in Bedtha wird eine Kirche, 2 Schulen nebst Lehrerwohnungen gebaut. In Lingen und Osnabrück sind bestimmte Anzeichen vorhanden, die auf eine bedeutende Besserung der Konjunktur schließen lassen, daselbst trifft für die große Mehrzahl der übrigen Orte zu. Es ist somit die Krise als überwunden zu betrachten; wir stehen vor dem Aufschwung der Konjunktur. Diesen wird jeder Arbeiter des Baugewerbes freudig begrüßen.

Die besseren Konjunkturverhältnisse haben auch belebend auf das gesamte Organisationsleben einwirken müssen, das ist jedoch nur teilweise eingetroffen. Die Agitation hat durch die positiven und andauernde Erkrankung des Bezirksleiters im zweiten Halbjahr ziemlich gelitten, zumal die Kollegen in den verdienstlosesten Bahnhöfen sich der Meinung hingaben, es brauche während dessen Krankheit nichts gemacht zu werden. Dieses kam besonders darin zum Ausdruck, daß man es oft noch nicht einmal für notwendig hielt, auf die an sie gestellten Anfragen usw. durch den stellvertretenden Kollegen zu antworten. Hier kann einem großen Teil der Vorstandsmitglieder der Vorwurf der Gleichgültigkeit nicht erspart werden. Man sollte doch endlich einsehen, daß die Agitation sowie die gesamte Organisationsarbeit nicht von einzelnen Personen abhängig gemacht werden darf, sondern Grundhaft muß sein, erst recht rührig zu arbeiten, wenn der eine oder andere in der Bewegung

tätige Kollege daran verhindert ist. In den ersten Monaten des Jahres wurden Vorstands- und Vertrauensmännerkonferenzen überall abgehalten. Die in denselben angegebenen Richtlinien für die Agitation sind nicht überall durchgeführt, sonst hätte das Resultat derselben in den einzelnen Punkten noch bedeutend besser ausfallen müssen. Neue Bahnhöfen wurden gegründet in Wehler, Erhove und Heß. Meppen, welches dem Zusammenbruch nahe war, wurde wieder lebensfähig gemacht. Ausnahmen sind 1154 zu verzeichnen. Die Kassenführung liegt durchweg in guten Händen und sind Unregelmäßigkeiten in derselben nicht vorgekommen. In einigen Orten muß mit noch etwas mehr Sorgfalt bei der Auswahl der Vertrauensmänner vorgegangen werden, um den häufigen Wechsel derselben vorzubeugen. Die neu gewonnenen Mitglieder würden dann nicht wegen unregelmäßiger Bedienung dem Verband den Rücken kehren; jedoch ist auch hier eine gute Besserung eingetreten, die noch weiter anhalten dürfte.

Die Lohnbewegungen waren recht zahlreich, insgesamt 15. Die Verhandlungen mit den Unternehmern gestalteten sich im allgemeinen recht schwierig, dieselben sorgten durch ihr Verhalten dafür, daß das Vertrauen der Arbeiter in ihre Loyalität und Friedensliebe immer mehr schwindet. Trotzdem war es möglich, die Mehrzahl derselben friedlich zu beendigen und für die Kollegen Verbesserungen zu erzielen. In Jeltge, Hornmar und Aurich wurde der Vertrag verlängert, ebenso in Ewerinkel. Hier wurde aber für auswärtige Arbeiter die Zulage um 20 Pf. den Tag erhöht, und so im Ort selbst recht wenig Arbeit ist, die Kollegen vielmehr fast stets answärts arbeiten müssen, so kommt dieses einer Erhöhung des Stundenlohnes um 2 Pf. gleich. In Nordp wollten die Unternehmer den Lohn um 2 Pf. reduzieren, jedoch nach einer ziemlich heftigen Verhandlung wurde der Vertrag bis 1911 verlängert, sowie die bisherigen Löhne stehen gelassen. In Stadthagen wurde eine Verkürzung der Arbeitszeit um eine halbe Stunde erreicht, gleichfalls eine Erhöhung des Stundenlohnes um 2 Pf. Der Vertrag hat Gültigkeit bis 1912. In Warendorf beriefen die ersten Verhandlungen resultatlos und schien der Kampf nicht mehr abwendbar. Doch in letzter Stunde kam es zur Einigung, die den Kollegen eine Lohnverhöhung von 5 Pf. sowie die Erhöhung der Zuschläge um 10 Pf. die Stunde brachte, der Vertrag läuft bis 1911. In Burgsteinfurt und Billeder war auf friedlichem Weg. Es zu erreichen und kam es in beiden Orten zu einem 1-tägigen Streik, der mit einer Lohnverhöhung von 2 Pf. die Stunde und Abschluß eines Vertrages bis 1911 endete. In Aurich erzielten die Arbeiter im Holzgeschäft Waas durch eine 1 1/2-tägige Arbeitsniederlegung 3 Pf. Lohnverhöhung. In Neuenkirchen, Epe und Bedtha verliefen die Bewegungen resultatlos durch die Uneinigkeit der Kollegen; bei einiger Solidarität hätten sie leicht ihr Ziel erreichen können.

In Lingen waren alle Bemühungen, auf friedlichem Wege zum Vertragsabschluss und einer Lohnverhöhung zu gelangen, fruchtlos und kam es zu einem hartnäckigen Kampfe von 25 Wochen, jedoch ohne den Kollegen die gewünschte Lohnverhöhung zu bringen. Die Unternehmer werden an ihrem „Erfolg“ wenig Freude haben; 4 Pf. waren verlangt, jedoch wären die Arbeiter mit 2 Pf. ohne Kampf zufrieden gewesen. Hier trat das Eigentümliche in die Erscheinung, daß ein Schlosser- und ein Schreinermeister, die vom Baugewerbe nichts verstehen, den Ton angaben. Die interessierten Bauunternehmer hatten nur deren Willen zu erfüllen. Gaben sie mal ihre eigene Ansicht kund, dann gab es eine „Belagerung“ durch den Herrn „Schreinermeister“. Ob die Lingenener Bauunternehmer ihren „Beratern“ heute Dank wissen, ist sehr zweifelhaft. Die Polizei stellte sich sofort den Arbeitgebern zur Verfügung und glaubte durch eine Anzahl, durch nichts zu begründende, Strafverfügungen den Kampf von Anfang an zu erschöpfen. Als nun gegen sämtliche verhängten Strafen richterliche Entscheidung beantragt wurde — in der alle bis auf eine aufgehoben wurden — schwankte die „Wohlfühlerei“ um, und wurde in ihrer eigenartigen Haltung etwas vorsichtiger. Ein Direktor der Eisenbahnwerkstätte suchte gleichfalls Vorbeeren zu pflücken, indem er einen langjährigen Werkstättenarbeiter veranlaßte, auf seinen Sohn einzuwirken, damit dieser, der Mitglied unseres Verbandes war, „Streikbrecher“ werden sollte. Auch nach Beendigung des Kampfes zeigte dieser Herr seine sonderbare „Beschäftigung“ fort, indem er die auf der Werkstätte Arbeitssuchenden auf Herz und Nieren prüfte, ob sie im Baugewerbe mitgetreift hätten. Wenn ja, dann gab es keine Arbeit. Der Herr täte besser, seine Finger aus den Interessentkämpfen zwischen Arbeitern und Unternehmern der Privatindustrie herauszulassen. Dadurch würde sein Ansehen bei der Arbeiterbewegung bedeutend gewinnen. Auch die Presse nahm eine recht zweifelhafte Stellung ein. Zur gegebenen Zeit werden die Unternehmer wieder an die Forderungen der Kollegen erinnert.

Sämtliche Kollegen, außer in Erhove, Heß und Schöppingen, arbeiten unter tariflichen Bedingungen und beträgt die Arbeitszeit in einem Orte noch 11 Stunden, in 10 Orten 10 1/2 Stunden und in den übrigen Orten 10 Stunden. Die Durchführung der Verträge läßt noch an einigen Stellen zu wünschen übrig und konnte in einem Falle festgelegt werden, daß die Geschäftsleitung des Arbeitgeberbundes selbst den Unternehmern die Anweisung dazu gab.

Die wirtschaftliche Lage der Bauarbeiter steht im allgemeinen nicht besonders gut. Trotzdem es sich um Orte meist ländlichen Charakters handelt, sind die Lebensmittelpreise nicht niedriger wie in ausgeprägten Industrieregionen. Jedoch die Löhne erreichen dieselbe Höhe nicht; deshalb ist eine Steigerung unbedingt erforderlich. Der Alkoholgenuß ist erfreulicherweise im Abnehmen begriffen, die Kollegen haben ihren Feind erkannt. Doch ist in diesem Punkt noch ein gutes Stück Aufklärungsarbeit erforderlich.

Die Arbeitgeberverbände haben sich noch weiter ausgedehnt und sind bis in die kleinsten Orte eingedrungen. Ihre Haltung uns gegenüber ist dieselbe geblieben, uns zu schädigen, wo sich die Gelegenheit dazu bietet, ist ihre Parole.

Der ortsbüchliche Tageslohn wurde im Bereich des Regierungsbezirks Münster, besonders in den ländlichen Orten, wo die bestehenden Sätze mit den jetzigen Verhältnissen nicht mehr in Einklang zu bringen waren, erheblich erhöht. Für Münster selbst konnte eine Erhöhung nicht durchgeführt werden, da dieses erst vor zwei Jahren geschähen war.

Die Tätigkeit der Bezirksleitung gestaltete sich wie folgt: Sie war vertreten in 117 Versammlungen, 37 Vorstands- und Vertrauensmännerkonferenzen, 24 Lohnkommissionenkonferenzen, 32 Verhandlungen mit den Unternehmern, 9 Schlichtungskommissionenkonferenzen und 17 gemeinsamen Sitzungen mit den „freien“ Verbänden. Ferner wurden 2 Vorträge im Unterrichtssturfs gehalten.

Die Korrespondenz belief sich auf 1097 Ausgänge und 985 Eingänge.

Das vergangene Jahr darf als ein bewegtes bezeichnet werden. Hier und da brachte es uns Enttäuschung, andererseits wieder recht gute Erfolge. Unsere Aufgabe muß es sein, die gewichtigen Mängel und Fehler für die Zukunft abzulegen, dadurch wird zweifellos der innere Apparat unseres Verbandes aktionsfähiger werden, wie die Agitationsarbeit erfolgreicher sich gestalten, Anerkennung verdient die intensive Arbeit einer großen Anzahl unserer Kollegen für die Organisation. Diesen meinen besten Dank. Sie werden auch ferner mit großer Fähigkeit ihr Ziel verfolgen. Verwerflich ist die Lohbrigkeit eines anderen Teils von Kollegen, die da glauben mit Beitragsgaben wäre genug geschehen, alles andere gehe sie nichts an. Die rauhe Wirklichkeit wird sie davon überzeugen, daß fernerhin nur durch Anspannung aller Kräfte den bisherigen Erfolgen neue hinzugefügt werden können.

Was uns das Jahr 1910 bringen wird, wer kann es sagen? Die Konjunktur wird einen besseren Stand aufweisen wie die beiden verflochtenen Jahre, das ist für uns besonders wertvoll und freudig zu begrüßen. Ein guter Stamm von Mitgliedern ist durch nichts mehr der Organisation zu entfremden. Der größte Teil der Zahlstellen ist mit in die große Lohnbewegung hineingezogen.

Sturmzeichen machen sich an allen Enden bemerkbar, in dessen möchte man die Bauarbeiterkraft schlagen, statt ihnen die so notwendigen Verbesserungen zu gewähren. Durch Kämpfe wollte man uns niederbringen und den Erfolg freitlich machen; es hat nichts genutzt. Das vor uns liegende Jahr verlangt mehr wie je von allen Kollegen rastlosen Eifer und zähe Energie, um der unser harrenden Aufgabe gerecht zu werden. Schon hat man die Pläne der Arbeitgeber erkannt und reges Leben beginnt in den Zahlstellen. Das gibt uns berechtigte Hoffnung, daß selbst die rauhesten Stürme nicht imstande sind, uns niederzuwerfen. Vorwärts, das sei unsere Lösung.

Münster i. W. Bonifaz Müller, Bezirksleiter.

Verbandsnachrichten.

(Berichte über wichtige Versammlungsbeschlüsse und sonstige Vorkommnisse sendet man sofort an die Redaktion des Fachorgans. Nur kurze Mitteilungen können noch Montagsmorgens für die laufende Nummer bearbeitet werden.)

Zimmerer.

Berlin. Auf der Tagesordnung unserer Generalversammlung am 12. Januar stand: 1. Abrechnung vom dritten Quartal, 2. Jahresbericht, 3. Vorstandwahl, 4. Gewerkschaftliches und 5. Verschiedenes. Wie im Laufe des ganzen Jahres, so war auch bei der Generalversammlung der Besuch der Versammlung nur schwach. Nach Verlesung des Protokolls und der Abrechnung erstattete Kamerad Stürmer einen Ueberblick über unsere Tätigkeit im verflochtenen Jahre. Der Erfolg ist nur ein geringer, denn am Jahresabschluss haben wir eine Zunahme von 16 Kameraden erzielt und zählen wir somit jetzt 50 zahlende Mitglieder. In den Vorstand wurden folgende Kameraden gewählt: als Vorsitzender Kamerad Stürmer, 12. als Kassierer Franz Hertel, Finowitzer, 18, als Schriftführer J. Schwibbert, Gubener Str. 25. Als Revisor die Kameraden Bürger und Stürmer. Als Kartellbelegierte wurden die Kameraden Schwideref und Böbe, als Vertreter im Ausschuß für Arbeitervertreterwahl Kamerad Stürmer gewählt. Beim Punkt „Gewerkschaftliches“ sprach Kamerad Stürmer über unsere Lohnbewegung. Er betonte, daß wir auf alle Fälle mit in den Tarif hineinkommen müßten. Die Genossen bieten alles auf, selbst zu verhindern. Den zureisenden Kameraden zur Kenntnis, daß Kamerad Stürmer den Arbeitsnachweis führt, und wir jeden zweiten Mittwoch nach dem 1. unsere Versammlung abhalten. Versammlungsort ist Königsberger Str. 9 im Restaurant Zellbaum. Kamerad Stürmer forderte sämtliche Kameraden auf, eifrig zu agitieren, damit wir am nächsten Jahresabschluss einen größeren Erfolg zu verzeichnen haben.

Cöln. Am Mittwoch, den 12. Januar, fand unsere Generalversammlung mit Vorstandswahl statt. Nachdem der Kassenbericht vom vierten Quartal verlesen war, erstattete der Vorsitzende, Kollege Helm, den Bericht über das abgelaufene Geschäftsjahr. Er erwähnte zum Schluß die Kollegen, noch mehr als bisher für die Ausbreitung der Organisation Sorge zu tragen. Sodann schritt man zur Vorstandswahl. Es wurden gewählt, bzw. wiedergewählt: Kollege Helm als erster Vorsitzender, Kollege Andreas Kalla als zweiter Vorsitzender, Kollege Samotte als erster und Kollege Christian Kalla als zweiter Kassierer. Der frühere Kassierer, Kollege Berres, hatte eine Wiederwahl abgelehnt. Der Vorsitzende dankte ihm im Namen der Sektion für seine aufopfernde Tätigkeit. Als erster Schriftführer wurde Kollege Krieger, als zweiter Kollege Schröder gewählt. Den Kassen als Hauskassierer übernahmen die Kollegen Krieger und Gollnow.

Rangir. Am 5. Januar 1910 fand die Generalversammlung der Zimmerer im St. Josephshaus statt, welche ziemlich gut besucht war. Der erste Vorsitzende, Kollege Weuster, eröffnete dieselbe und machte folgende Tagesordnung bekannt: 1. Kassenbericht, 2. Jahresbericht, 3. Vorstandwahl, 4. Verschiedenes. Der Kassierer Kollege Lemke erstattete den Kassenbericht; auf Antrag der Revisoren wurde demselben Entlastung erteilt. Den Jahresbericht machte der Vorsitzende bekannt. In kurzen Worten schilderte derselbe die Entwicklung unserer Zahlstelle und sprach den Wunsch aus, daß jeder Kollege mit neuer Kraft für die Ausbreitung unserer Organisation mitarbeiten möge. Ferner hob der Kollege zwei Ereignisse von besonderer Bedeutung hervor, den Kongreß in Cöln und das zehnjährige Bestehen des Verbandes. Die Begeisterung auf dem Cölnener Kongreß wurde auch zu uns durch den Kollegen Schönfelds gebracht. Auf der Generalversammlung wurden die Teilnehmer begeistert durch das ruhige, klare und sachliche Handeln unseres Vorstandes, durch den Beweis, daß unser Verband nicht eine Scheinorganisation ist, sondern mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln bemüht ist, die Interessen seiner Mitglieder nach allen Seiten zu vertreten. Ja, er hat seit seinem Bestehen bahnbrechend für die Kollegen gewirkt. Auf der Generalversammlung zeigte es sich so recht, wie fröhlich, arbeitsfreudiger Zug in der ganzen Bewegung liegt, wie Zentralvorstand und Delegierte bemüht sind, das Gewerkschaftsgebäude immer besser einzurichten und auszustatten. Kurz, es herrscht ein Geist, von dem man wünschen kann, er möge sich auch auf den letzten unserer Verbandes ergießen und recht lange herrschen zum Wohle des einzelnen wie des ganzen. Vorstandswahl. Kollege Weuster leitete dieselbe. Gewählt wurden: erster Vorsitzender Liebisch (neugewählt), zum Kassierer Kollege Lemke (wiedergewählt), zum Schriftführer Kollege Franz Stein (wiedergewählt), zu Kassierern die Kollegen Liebsch und Michler, zu Kartellbelegierten Weuster, Münch, Liebisch, in die Sektionskommission Liebisch und Karl Schütz. Kassierer blieben dieselben wie im vergangenen Jahre. Nach der Wahl erwähnte der Vorsitzende jedes Vorstandsmitglied an dessen Pflicht. Im Verschiedenen wurde auf Antrag des Kollegen Liebisch von der Sektionskommission Bericht erstattet über die Verhandlung mit den Arbeitgebern zwecks Regelung der diesjährigen Lohnfrage.

Maurer und Zimmerer.

Algermissen. Die Tagesordnung unserer diesjährigen Generalversammlung lautete: 1. Tarifangelegenheiten, 2. Jahreskassenbericht und Abrechnung vom 4. Quartal, 3. Vorstandwahl. Die Erweiterung des Tarifs wurde auf Ende Januar beschlossen. Der Kassierer erstattete den Kassenbericht, worauf ihm Entlastung erteilt wurde. In den Vorstand wurden gewählt: als erster Vorsitzender Kollege Kruse, als zweiter Ingelmann; als erster Kassierer H. Engelle, als zweiter Strothmann; als erster Schriftführer Joh. Engelle, als zweiter Wichens; zu Revisoren die Kollegen H. Seegers und Valentin Apel; zum Kartellbelegierten Kollege Kruse, zum Ausschußbelegierten Kollege H. Engelle. Zu Hauskassierern wurden die Kollegen Wüßhoff für die Maurer und Wichens für die Zimmerer bestimmt. In die Lohnkommission wurden die Kollegen H. Hartmann, H. Weuster und H. Wichens gewählt. Es wurde dann beschlossen, im Sommer einen Lokalausschuß von 5 Pf. wöchentlich und einen Winterbeitrag von 20 Pf. pro Woche zu erheben. Der Vorsitzende schloß die Versammlung mit einer Ermahnung zu eifriger Pflichterfüllung, damit wir am Schluß des Jahres noch mehr Verbesserungen zu verzeichnen haben.

Maurer.

Kob. Am Sonntag, den 23. Januar, fand hier eine allgemeine Bauhandwerkerversammlung statt. Dieselbe war sehr gut besucht. Das Referat hatte Kollege Behringer aus Würzburg übernommen. Dieser legte in seinem ausführlichen Vortrag den Kollegen den Ives und den Ruf der christlichen Gewerkschaften auseinander. Fast sämtliche anwesenden Kollegen schloßen sich unserem Verbands an. Wir hoffen, daß die noch fernstehenden Kollegen auch recht bald zu uns kommen werden.

Blöschhausen. Am 2. Januar fand im Schloßschen Saale eine Versammlung der Bauhandwerker statt, zwecks Gründung einer Winterzahlstelle. Der Besuch war ein guter. Kollege Müller, der sich am meisten um die Sache bemühte, eröffnete als provisorischer Vorsitzender die Versammlung und erläuterte den Anwesenden den Vorteil einer Winterzahlstelle, worauf sämtliche Kollegen ihre Zustimmung zur Gründung gaben. In den Vorstand wurden gewählt als 1. Vorsitzender Josef Düpe, als 1. Kassierer Andreas Müller und als 1. Schriftführer Friedrich Weiskopf. Um die Auslagen decken zu können, wurden für Januar und Februar 20 Pf. Winterbeitrag festgesetzt. Es wurde angeregt, eine Statistik aufzunehmen, um festzustellen, wie viele Bauhandwerker bei uns im Verbands, wie viele bei den Sozialdemokraten, und welche gar nicht organisiert sind. Hierzu meldeten sich die Kollegen Friedrich Weiskopf und Herman Böppgen freiwillig. Das Ergebnis war, daß 60 Kollegen christlichen Verbänden, 14 den Sozialisten und 26 keiner Organisation angehörten. Beim Nachsehen der Bücher stellte sich heraus, daß sieben jüngere Kollegen mit der Beitragszahlung noch etwas im Rückstand waren. Diese erklärten ihre Bücher in Ordnung zu bringen, sobald die neuen Marken eingetroffen sein werden. — Da die nächste Mitglieder-Versammlung auf den 16. Januar festgesetzt war, und Kollege Zumbrold sich auf der Agitationsreise befand, so beehrte er uns mit seinem Erscheinen. Den zahlreich Versammelten hielt Kollege Zumbrold einen Vortrag über „Die Lage unseres Standes und welche Lehren wir daraus zu ziehen haben“. Scharf ging er in seinen Ausführungen den Unorganisierten zu Leibe. Den anwesenden Kollegen, die im sozialdemokratischen Verbands sind, machte er klar, welcher Sache sie dienen und die sie fördern. Er erwähnte die Kollegen zu kräftiger Mitarbeit, dann würde der Erfolg ein desto größerer sein. Nach dem Vortrage machte der Kassierer die erfreuliche Mitteilung, daß vier Mann sich zur Aufnahme gemeldet haben und zwei Mann übergetreten sind. Durch die Winterzahlstelle sei ein größerer Zusammenhalt unter den Kollegen geschaffen und ein jeder sollte mit dazu beitragen die Einigkeit unter den Kollegen zu fördern. In der Diskussion richtete Kollege Zumbrold an die Dachdecker die Bitte, sich reger an den Verbandsangelegenheiten zu beteiligen. Kollege Heinrich Zumbrold fragte den Bezirksleiter, welche Wege der Verband bei einer eintretenden Aussperrung zu gehen gedente; auch streifte er den Arbeitsnachweis im Baugewerbe. Kollege Zumbrold erwiderte, daß die Zentrale erst auf Grund gesammelten Materials nähere Anweisung geben könnte. Nach einer kurzen Ermahnung, die Worte des Kollegen Zumbrold zu beherzigen, schloß der 1. Vorsitzende die gut verlaufene Versammlung.

Brieg (Schlesien). Am Dienstag, den 11. Januar, hielt unsere Zahlstelle die Generalversammlung ab, welche sich eines guten Besuchs erfreute. Aus dem Bericht des Vorstandes war zu entnehmen, daß sich die Zahlstelle, trotz der Gegner von sozialdemokratischen Verbänden, gut entwickelt hat, und ist jetzt das halbe Hundert Mitglieder erreicht; bei fortgesetzter Agitation unserer Brieger Kollegen kann die Zahlstelle zum Frühjahr das erste Hundert voll haben. Am 1. Januar haben wir eine selbständige Verwaltungsstelle, und so muß jetzt jeder Kollege sein Möglichstes tun, um voranzukommen. In den Vorstand wurden folgende Kollegen gewählt: Perm. Ruche als erster, Karl Jernitz als zweiter Kassierer; Jul. Scholz als erster, Rob. Jahn als zweiter Schriftführer; Karl Brüdner als erster und N. Gentschel als zweiter Revisor. Als Vertrauensmann für Brieg wurde Kollege Karl Jernitz gewählt, für Reibulshof: Ruche, für Schönau: Steigemann, für Jägerndorf: Brüdner, für Pilsenthal Richard Gentschel, für Karlsmarkt fungiert bereits Kollege R. Ruche als Hilfskassierer. Der gewählte Vorstand, wie die Vertrauensleute mögen nun unermüdet eintreten für die Organisation, damit sich die Mitgliederzahl der Zahlstelle recht bald verdoppelt, was ja jeder selbst wünscht. Nur durch Aufklärung über unsere gerechte Arbeiterinteressenvertretung auf christlicher Grundlage muß sich auch die Zahlstelle Brieg, die jetzt schon über 50 Mitglieder zählt, noch weiter entwickeln zum Wohle der Brieger Bauarbeiter.

Conitwig. Die hiesige Verwaltungsstelle hielt am Sonntag, den 16. Januar, ihre Generalversammlung mit folgender Tagesordnung ab: 1. Quartalsbericht, 2. Verschiedenes, 3. Vorstandswahl. Ueber Punkt eins referierte der Kassierer Koll. Rang. Dieser Bericht zeigte ein erfreuliches Bild von Opfermut und Schaffensfreudigkeit. Der Geschäftsbericht pro 1909 ist folgender: Gesamteinnahmen: 26 Eintrittsmarken à 50 Pf. = 13 Mk., 45 Pf. = 232,65 Mk., 1215 Stück à 50 Pf. = 607,50 Mk., 9 Stück à 55 Pf. = 4,95 Mk. und 151 Arbeitslosensmarken à 25 Pf. = 37,75 Mk., gibt zusammen 944,65 Mk. Die Ausgaben der Zentralkasse betragen für Rechtschutz 87,43 Mk., für Krankengeld 65,20 Mk. Die Gesamteinnahmen der Lokalkasse einschließlich Kassenbestand von 1908 betragen 305,98 Mk., denen an Ausgaben gegenüberstehen 269,91 Mk.; verbleibt ein Kassenbestand von 36,05 Mk. Der Mitgliederbestand ist von 55 im ersten Quartal auf 68 am Schluß des Jahres gestiegen. Vorstehende Zahlen beweisen, daß unsere Verwaltungsstelle eine äußerst lebhaftige Tätigkeit entfaltet hat. Dem alten Ausschusse wurde für seine rege Tätigkeit vom Koll. Schmieler mit begeisterten Worten gedankt und zugleich die Kollegen ermahnt, auch im neuen Jahre durch treue Pflichtenfüllung auf allen Gebieten zu zeigen, daß wir christliche Gewerkschaftler sind und nicht ruhen wollen, bis der letzte christlich und national denkende Arbeiter im Baugewerbe für unsere Ideale gewonnen ist. Bei der Vorstandswahl wurden folgende Kollegen gewählt: Josef Müller erster, Jakob Süther zweiter Vorsitzender. Peter Lang erster, Christian Semar zweiter Kassierer, Christoph Döhlinger erster, Joh. Bogel zweiter Schriftführer, Adam Schlachter und Christian Semar als Revisoren und beratende Mitglieder. Hilfskassierer verbleibt wiederum der alte bewährte und tüchtige Kollege Franz Scharff. Nachdem ein Kollege dem alten zum Teil wiedergewählten Ausschusse gedankt und zugleich an den neuen beherzigenswerte Worte gerichtet hatte, unter Mahnung an die Mitglieder, stets Mann für Mann hinter dem Vorstand zu stehen, wurde die Versammlung beendet.

Sten. Nach langer Pause wollen wir „Kruppschen Maurer“ auch einmal ein Plätzchen unseres „Organs“ wieder in Anspruch nehmen. Unsere diesjährige Generalversammlung wurde am Sonntag, den 9. Januar, im Versammlungsortal (Gewerkschaftshaus) abgehalten. Zwar war der Besuch derselben wohl ein zufriedenstellender, aber in Anbetracht der Mitgliederzahl hätte er doch ein besserer sein können. Der erste Vorsitzende Kollege Meier eröffnete die Versammlung gegen 11 Uhr vor-mittags und entbot den Kollegen die besten Wünsche zum 2. Jahresbericht, 3. Kassenbericht, 4. Vorstandwahl, 5. Winterbeiträge, 6. Verschiedenes. Zu Punkt „Geschäftliches“ gab der Vorsitzende bekannt, daß die Protokolle der Generalversammlungen (Münster) eingetroffen seien und zum Preise von 25 Pf. einzulösen für die Mitglieder. Hierauf erstattete er den Jahresbericht an, welcher stets ein Schluß des Jahres umfassen sollte, ob das Geschäft im verflochtenen Jahre zurückgegangen oder gestiegen ist. Siehe bei der unsigen Mängel gezeigt, welche im kommenden Jahre möglichst beseitigt und die Zahlstelle im Interesse der Allgemein-

heit immer weiter ausbaue. Des weiteren führte er dann aus, daß das verflochtene Jahr ein Jahr der Besserung gewesen sei für das wirtschaftliche Gebiet, wozu der Abschluß der Reichsfinanzreform wesentlich beigetragen habe. Der Versuch der Genossen, die christlichen Gewerkschaften gegen ihre Fälligkeit dieser in ihrer Eigenschaft als Abgeordnete an dem Abschluß dieser Gesetze sich beteiligt haben, scharf zu machen, sei ihnen mißglückt und ins Wasser gefallen. Im übrigen sei das verflochtene Jahr ein friedliches gewesen. Zwar hätten die „Genossen“ bei der Firma versucht, eine Aktion zu unternehmen, um den einen Pfennig, den die Unternehmer des Privatbau-gewerbes vom 1. April ab laut Tarifabschluß mehr zu zahlen verpflichtet waren, auch für die Feuerbetriebe herauszuholen. Aber nur für die Feuerbetriebe. In der gemeinsamen Sitzung mit uns sind sie dann eines anderen belehrt worden. Man habe ihnen empfohlen, zunächst einmal für das Baufach, wo sie ja die Macht in Händen hätten, zu sorgen, daß dort die Löhne, welche noch sehr hinter den Privatdritten zurückstehen, eine Verbesserung erhalten. Hierauf habe man dann die Feuerbetriebe fallen gelassen. Der Ives, welcher damit verfolgt werden sollte, wäre ja nur der gewesen, den Christlichen wieder mal eins auszuweisen, wenn dieselben nach der Pfeife der „Genossen“ ganz ihr Verhalten nicht von einem anderen diktieren, am allerwenigsten von einem „Genossen“. Mitgliederversammlungen wurden 17 abgehalten, darunter 8 mit Vorträgen Lehrender, 10. Der Besuch der Versammlung war, mit wenigen Ausnahmen, ein mäßiger. Zum Schluß sprach er allen, besonders den Vertrauensleuten, für die treue Mitarbeit im verflochtenen Jahre seinen Dank aus, und erwähnte die Kollegen, ganz besonders in diesem Jahre, indem er auf den kommenden Tarifabschluss hinwies, treu zusammenzuhalten, pünktlich die Beiträge zu bezahlen und fleißiger wie bisher die Versammlungen zu besuchen, denn dort sei der Ort, wo wir unser Wissen erweitern, um im nötigen Falle die Angriffe unserer Gegner gebührend zurückzuweisen zu können. Hierauf erstattete der Kassierer, Kollege Hohmann, den Kassenbericht vom 4. Quartal. Laut dessen stellt sich die Einnahme und Ausgabe für die Lokalkasse betrug einschließlich des Bestandes vom 3. Quartal, 482,83 Mk., die Ausgabe 241,56 Mk. In dieser Ausgabe sind die Prozente der Vertrauensleute und des Kassierers enthalten. Bleibt ein Bestand fürs nächste Quartal von 241,27 Mk. Die Gesamteinnahme betrug 871,45 Mk. Mitgliederbestand am Schluß des vorigen Quartals betrug 150. Aufgenommen wurden 4, zugereist sind 2, abgereist 5, ausgetreten 6, sonstiger Abgang 6. Somit am Schluß des Quartals 139. Davon sind 133 Maurer und 6 Bauhilfsarbeiter. Anschließend hieran gab der Kassierer noch einen Gesamtüberblick über die Kassenverhältnisse vom ganzen Jahre. Laut dessen stellt sich die gesamte Einnahme und Ausgabe für die Lokalkasse betrug, einschließlich 267,64 Mk. als Bestand vom 4. Quartal 1908, 656,87 Mk. Die Ausgabe des Jahres 1908 148 Mitglieder, aufgenommen wurden 42, zugereist sind 20, abgereist 57, übergetreten aus dem freien Verband 6, ausgetreten 20. Hierauf stellte der Vorsitzende beide Berichte zur Diskussion. Nachdem der Vorstand einige an ihn gerichtete Fragen beantwortet, gelangte ein Schlußantrag zur Annahme. Bei Punkt „Vorstandswahl“ wurde, mit Ausnahme des zweiten Kassierers, der alte Vorstand einstimmig wiedergewählt, und zwar die beiden Vorsitzenden per Stimmentzettel, die übrigen per Nominationszettel. Es sind dies die Kollegen Joseph Meier als erster und Joseph Bierenfeld als zweiter Vorsitzender, die Kollegen Wilhelm Hohmann als erster und Joseph Ohms als zweiter Kassierer, die Kollegen Andreas Willeke als erster und Joseph Schmitt als zweiter Schriftführer. Zu Revisoren die Kollegen Anton Hansmann und Anton Strehl. Desgleichen wurden wiedergewählt zu Kartellbelegierten die Kollegen Joseph Schmitt, Johann Beul und Andreas Willeke; zu Delegierten des Ausschusses die Kollegen Joseph Meier und Andreas Willeke. Bei Punkt „Winterbeiträge“ wurde durch den Vorsitzenden ein Antrag des Vorstandes begründet, für die Wintermonate 1,50 Mk. zu zahlen. Von dem Kollegen Welles gut unterstützt, gelangte derselbe mit allen gegen 4 Stimmen zur Annahme. Als Versammlungsort fürs Jahr 1910 wurde das Gewerkschaftshaus beibehalten. Die Versammlungen finden in der gewohnten Weise, jeden 2. und 4. Sonntag, statt. Bei Punkt „Verschiedenes“ bemerkte Kollege Hohmann, daß die Beschlüsse der Versammlung auch für die nicht anwesenden Mitglieder bindend seien, besonders hinsichtlich der Winterbeiträge, und nur der Anspruch auf Unterstützung machen könne, welcher in seinem Buche den Schlußtempel aufweisen könne. Kollege Willeke ersuchte die Kollegen, für einen regen Besuch der nächsten Versammlung Sorge zu tragen, da in derselben ausführlich über die am 14. Januar einberufene außerordentliche Generalversammlung der „Kruppschen Betriebskrankenkasse“ Bericht erstattet würde. Nachdem noch einige weitere Fragen erledigt, wurde die wichtige Generalversammlung gegen 2 Uhr mit einem Hoch auf die christlichen Gewerkschaften geschlossen.

Görlitz. Donnerstag, den 20. Januar, fand unsere dies-jährige Generalversammlung statt, zu der Bezirksleiter Ed. Pfeffer erschienen war. Der Vorsitzende erstattete den Bericht über die Verwaltungsstelle. Mit scharfen Worten kritisierte er die Interesslosigkeit der Kollegen. Der Versammlungsbesuch war kein guter. Die fremden Referenten Ed. Pfeffer, A. Schmidt, R. Müller und E. Glöger konnten kein besonderes Lob der Zahlstelle Görlitz spenden. Die Innungs-Krankentassenwahl, welche im November stattfand, wurde durch Verständigung mit den „Genossen“ erledigt. Gewählt wurden von unserer Seite die Kollegen Scholz, Fuchs und Wrl. In kurzen Worten streifte er die Lohnbewegung und den Bezirksstag von Breslau. Zum Schluß hat er die Kollegen nochmals den alten Schiedsrichtern beiseite zu werfen und mit frischem Mut und Eifer an der Gewerkschaftsarbeit teil zu nehmen. Das vorliegende Protokoll fand einstimmige Annahme. Der Kassierer Franz Scholz führte in klaren Worten die Kassenverhältnisse der Zahlstelle vor Augen. Die gesamte Einnahme betrug 1163,52 Mk. Die Ausgabe der Zentralkasse betrug 772,86 Mk., die Ausgabe 229,05 Mk. Mitin wurde an die Zentralkasse 543,81 Mark geschickt. Die Einnahme der Lokalkasse betrug 390,66 Mk., die Ausgabe 238,78 Mk. Mitin ein Kassenbestand fürs Jahr 1910 von 151,88 Mk. Der Mitgliederbestand war 62 zahlende Mitglieder. Als erster Vorsitzender wurde Kollege H. W. eier einstimmig und als erster Kassierer Kollege G. Wagner gewählt. Erster Schriftführer wurde Kollege G. Brade, zweiter Vorsitzender Kollege F. Scholz, zweiter Kassierer Kollege Schönfelder, zweiter Schriftführer Kollege Fuchs. Als Revisoren wurden die Kollegen F. Döhme und Potopf, als Bibliothekar Kollege G. Kluge, als Hauskassierer die Kollegen W. Biede und F. Potopf gewählt. Der Punkt Beitragserhöhung wurde vertagt. Mit der Aufforderung, zu fleißiger Gewerkschaftsarbeit, wurde die Versammlung geschlossen.

Kallmerode. Am 16. Januar fand unsere Generalversamml-ung statt. Dieselbe war schlecht besucht; von 54 Kollegen waren 24 anwesend. Ein trauriges Zeichen in jetziger Zeit, wo jeder einzelne Stramm zur Fahne stehen muß. Die Tagesordnung lautete: 1. Kassenbericht über das verflochtene Jahr, 2. Vorstandwahl, 3. Bericht von der Bezirksversammlung in Worbis. Entlastung erteilt. In den Vorstand wurden gewählt: als erster Vorsitzender Gregor Rödiger, als zweiter Vorsitzender Heinrich Pöhne, als erster Kassierer Benediktus Gemming, als zweiter Kassierer Liborius Werkmeister, als erster Schriftführer Gottfried Hornemann, als zweiter Schriftführer Liborius Werkmeister. Als Revisoren wurden die Kollegen Joseph und Paul Breiten-

sein, als Kontrolleur Rudolf Gleich gewählt. Nach lebhaftem Diskussions sprach der Vorsitzende nochmals sein Bedauern über den schlechten Besuch der Versammlung aus. Hierauf wurde die Versammlung geschlossen.

Kempen. Unsere diesjährige Generalversammlung fand am Sonntag, den 16. Januar, vormittags 10 Uhr, im Vereinshaus statt. Der Besuch war mittelmäßig, von 19 Kollegen waren 13 erschienen. Der Vorsitzende und der Kassierer gaben den Jahres- und Kassenbericht bekannt. Aus dem Bericht war zu entnehmen, daß der Mitgliederstand von 18 auf 28 stieg, jedoch bis zum 31. Dezember wieder auf 19 zurückging. Die Mitglieder legten sich zum größeren Teil aus Zimmerer an. Trotz mancher Bemühung konnte keine größere Zahl Maurer und Bauhilfsarbeiter gewonnen werden. Der Markenverkauf war folgender: 10 Eintrittsmarken, 789 Beitragsmarken zu 55 Pf., 221 Sozialfondsmarken zu 10 Pf., 16 Arbeitslosensmarken zu 25 Pf. Die Einnahmen betrugen 485,05 Mk. An die Hauptkasse wurden 287,29 Mk. abgeführt. An Sterbeunterstützung wurden 43 Mk. ausbezahlt. Der Bestand der Kasse am 31. Dezember 1909 betrug 148,46 Mk. Hierauf wurde dem Kassierer sowie dem Gesamtvorstand Entlastung erteilt. Bei der Neuwahl wurde Josef Kirsner als Vorsitzender wiedergewählt, ferner wurden gewählt als Kassierer Alfons Kirsner, als Schriftführer Lorenz Kemper, als Revisoren Gottlieb Schwieger und Martin Günther, als Kartelldelegierte Josef Kirsner und Johann Weirather, in die Lohnkommission Josef Kirsner und Johann Weirather. Die gewählten Kollegen versprachen ihre Pflicht gewissenhaft zu erfüllen. Die Konjunktur liegt im Jahre 1909 viel zu wünschen übrig. Der Tarif von 1908 hatte Gültigkeit bis Mai 1909. Rechtzeitig wurde von unseren Kollegen und den sozialdemokratischen Zimmerern im Beisein des Bezirksleiters Brüder die neue Forderung vereinbart und bis Mai an die Meißler abgeleitet. Die Meister erklärten, daß sie sämtlich dem Arbeitgeberverband angeschlossen wären und wir müßten unsere Forderung nach Wünschen an die Vertretung genannten Verbandes richten. Genannter Verband bestimmte endlich im Juni auf unsere Anfragen des Kollegen Brüder Unterhandlungen an. Die Unterhandlungen wurden aber aus uns unbekanntem Grunde nochmals vertagt und fanden erst später statt. Der Lohn stand bis Mai 1909 auf 43 Pf., gefordert wurden 46 Pf. Bei den Unterhandlungen bewilligten die Meister nach langer Beratung endlich 44 Pf. Die am Abend im Beisein der sozialdemokratischen Zimmerer stattgefundene Versammlung beschloß mit einer Stimme Mehrheit die Annahme des neuen Tarifmusters mit Gültigkeit bis 31. März 1910.

Lippstadt. Am Sonntag, den 16. Januar, hielten wir unsere diesjährige Generalversammlung ab, welche ziemlich gut besucht war. Zunächst gab Kollege Klebolte den Geschäftsbericht vom verflochtenen Jahre. Danach haben wir 20 Versammlungen abgehalten und 12 Vorstandssitzungen, ferner 4 Schlichtungskommissionssitzungen. Es wurden in 10 Versammlungen über verschiedene Thematiken Vorträge gehalten. Leider ließ der Besuch im verflochtenen Jahre viel zu wünschen übrig, vielleicht werden die auf ihre „Lorbeer“ eingeschlafenen Kollegen in diesem Frühjahr sich auferweckt. Hieran anschließend gab Kollege Klebolte Aufklärung über die staatgefundenen örtlichen Verhandlungen und unsere Stellung zum Vertragsmuster. Kollege Kolling gab alsdann den Kassenbericht und rügte, daß einzelne Kollegen im Mitgliedsbuch sehr große Lücken aufweisen. Es wurde den Kollegen empfohlen, ihre Papiere in Ordnung zu bringen, sonst könnte ihnen bei etwaigen Unterstützungsansprüchen ein netter Strich durch die Rechnung gemacht werden. Darauf hielt Kollege Wäcker einen Vortrag über die D. D. Bauvereine. Kollege Wäcker erklärte, daß nach allen Anzeichen der Tag nicht mehr fern sei, wo die D. D. Bauvereine aufgehört haben zu leben und dann würde uns so starker der Kampf um die christliche Weltanschauung entbrennen. Deshalb müssen wir mit aller Energie für die Stärkung der christl. nationalen Arbeiterbewegung Sorge tragen. In den Vorstand wurden gewählt: 1. Vorsitzender: Kollege Franz Klebolte, 2. Vorsitzender: Kollege Clemens Wäcker, 1. Kassierer: Kollege Bernhard Sprenger, 2. Kassierer: Kollege Fritz Kolling, 1. Schriftführer: Kollege Joseph Kame, 2. Schriftführer: Kollege August Götze. Als Revisoren: Johann Leuenberger, Franz Dehlerich, Hauskassierer: Joseph Wäcker, Fritz Wäcker, Dietrich Witte. Kartelldelegierte: Götze, Kolling, Sprenger, Wäcker. Sämtliche Kollegen versprachen im neuen Jahre voll und ganz ihre Pflicht zu tun. Bei einer vorher in Lipperode und Lippstadt abgehaltenen Hausagitation wurden 13 Kollegen aufgenommen. Mit einem warmen Appell an die Kollegen, im kommenden Jahr nach besten Kräften für den Ausbau unserer Zählstelle Sorge zu tragen, und die Versammlungen besser zu besuchen, wurde die Versammlung geschlossen. — In nächster Versammlung wird Kollege Werner erscheinen und über die augenblickliche Lage in Baugewerbe referieren.

Lünen. Am Sonntag, den 16. Januar, hatte unsere Zählstelle eine Hausagitation veranstaltet, woran sich mehrere Kollegen vom Dortmund beteiligten. Der Erfolg war zufriedenstellend. Es liegen sich zwei Kollegen dem sozialdemokratischen Maurer-Verbande in unsem Verband überstreichen, unter denselben befindet sich der bisherige Vorsitzende. Derselbe erlitt einen schweren Unfall und mußte infolgedessen einige Monate krank feiern. Man hoffte der Kollege von seinem Verbands das statutenmäßige Kranzengeld zu erhalten. Dieses geschah jedoch nur zum Teil, man sollte ihn dafür warten, wozu er nach seiner Angabe nicht verpflichtet war, z. B. die Raia m a r k e. Ferner liegt sich ein Kollege neu aufnehmen. Ein Teil der Kollegen, die sich in der letzten Zeit nicht mehr viel um die Organisation gekümmert hatten, versprachen, von jetzt an wieder eifrig für die Organisation einzutreten. Dieses Versprechen wurde zum Teil des Nachmittags schon eingelöst. Näml. um 4 Uhr fand eine Mitgliederversammlung statt, die sehr gut besucht war. Das Referat hatte Kollege Petri-Dortmund übernommen. Derselbe behandelte das Thema: „Was geht in unserer Zeit vor?“ Einleitend wies Redner auf das neue Vertragsmuster, welches uns von den Arbeitgebern vorgelegt ist, hin und zeigte an Hand von Beispielen, daß dasselbe für uns in diesem Moment unannehmbar ist. Wenn man sich die einzelnen Paragraphen ansieht, so sieht man, daß fast alle die Forderungen der Bauarbeiter. Das geizt den Arbeitern so recht, was die Rechte geht. Sodann wandte sich Redner zu den Verhandlungen im Holzgewerbe mit großem Interesse der Arbeitgebervertreter der 42 verschiedenen Städte, die bei Erneuerung des Tarifs in Frage kommen, bekannt, welche eine allgemeine Entlohnung herbeiführt. Des weiteren beschäftigte sich Redner mit dem Zwangsarbeitsnachweis der Bauarbeiter und wies darauf hin, daß damit den Arbeitern die Freizügigkeit genommen werde. Gegen diese Praktiken der Unternehmer müsse man energisch Front machen. Dieses wäre jedoch nur möglich, wenn unsere Organisation immer mehr ausgebaut würde. Redner schloß mit einem warmen Appell an die Kollegen, von jetzt an unermüdet für unsere Organisation tätig zu sein. In der hierauf folgenden Diskussion sprachen sämtliche Kollegen im Sinne des Referenten und versprachen nach besten Kräften für den Verband zu wirken. Der erste Vorsitzende, Kollege Schmidt, drückte dem Referenten und den übrigen Kollegen von Dortmund für ihre Arbeit, die sie heute im Interesse unseres Verbandes und der Arbeiterchaft geleistet haben. Hiernach wurde die imposante Versammlung um 6 Uhr geschlossen.

Meinert. Montag, den 17. Januar, fand unsere diesjährige Generalversammlung statt, welche gut besucht war. Zunächst gab der Kassierer, Kollege Ziehe, die Abrechnung vom 1. Quartale bekannt. Dasselbe wurde für richtig erklärt und dem Kassierer Entlastung erteilt. Die Abrechnung vom Jahre 1909 zeigte folgendes Bild. Es wurden verkauft: 24 Stück Eintrittsmarken = 12 Mk., 1068 Stück Beitragsmarken à 30 Pf. = 320,40 Mk., 373 Stück Arbeitslosensmarken = 93,25 Mk., 30 Stück Sozial-Beitragsmarken à 45 Pf. = 13,50 Mk., 3 Stück Erziehungsmarken à 25 Pf. = 0,75 Pf. und 908 Sozialfondsmarken à 10 Pf. = 90,80 Mk. Die Gesamteinnahme

der Hauptkasse betrug 819,11 Mk. Die Ausgabe an Kranken- und Sterbegeld betrug 186,20 Mk., so daß in der 632,92 Mk. eingebracht wurden. Die Lokalfasse hatte eine Gesamteinnahme von 243,19 Mk. und eine Ausgabe von 151,77 Mk., so daß ein Kassenbestand von 91,42 Mk. verbleibt. Dem Kassierer wurde für seine geleistete Mühe und seine gute Kassenführung eine Entlohnung von 10 Mk. bewilligt. Der Bezirksleiter, Kollege Schönleas, hielt hierauf einen Vortrag über die Aussichten in diesem Jahre. Redner streifte hierbei auch unsere Lohnbewegung und forderte zum festen Zusammenhalten in der Organisation auf. In der Diskussion, an welcher sich die Kollegen Volmann, Gippe, Ziehe und Ziemer beteiligten, wurde besonders gewünscht, daß die Monatsversammlungen besser besucht werden müßten. Ein diesbezüglicher Antrag, nach welchem diejenigen, welche unentschuldig fernbleiben, 15 Pf. in die Lokalfasse zahlen sollten, wurde, nachdem einzelne Kollegen auf die Undurchführbarkeit hingewiesen hatten, abgelehnt. Die Wahl des Vorstandes ergab folgendes Resultat: 1. Vorsitzender Robert Ziehe, 2. Vorsitzender Steinberger; 1. Kassierer Fritz Kromeit, 2. Kassierer Fritz Wäsel; 1. Schriftführer Eduard Kammegieser, 2. Schriftführer Albusch. In Revisoren wurden die Kollegen Volmann, Simonson und Wäwert gewählt. Es wurde dann noch beschlossen, ein Wintervergütungen zu veranstalten. Kollege Schönleas sprach im Schlußwort die gewählten Vorstandsmittelglieder auf eifriger gewerkschaftlicher Arbeit an, denn nur dadurch könne etwas erzielbar sein für alle Mitglieder geschaffen werden. Mit einem dreifachen Hoch auf unsere Bewegung erfolgte um 10 1/2 Uhr Schluß der imposanten Versammlung.

Namslau-Kreuzendorf. Am Sonntag, den 23. Januar, 11 Uhr vormittags, fand in Namslau eine Sitzung der Delegierten der Zählstellen Namslau, Kreuzendorf, Schwitz und Schmögrau statt, zwecks Gründung einer Verwaltungsstelle. Nachdem der Vorsitzende, Kollege Witz, die Sitzung eröffnet hatte, legte er den Kollegen die Anordnungen der Bezirksleitung und die Wünsche der Zählstellen dar. Sodann wurde der Doppelname „Namslau-Kreuzendorf“ angenommen, weil die Kreuzendorfer Zählstelle, welche die stärkste ist, in einer vorangegangenen Versammlung einen dahingehenden Beschluß gefaßt hatte. In den Verwaltungsstellenvorstand wurden folgende Kollegen gewählt: als 1. Vorsitzender Kolll, Gual Witz-Dörberg, als 2. Vorsitzender Kolll, Thomas Gallin-Namslau; als 1. Kassierer Kolll, Karl Hmann-Kreuzendorf, als 2. Kassierer Kolll, Josef Schelonska-Kreuzendorf; als 1. Schriftführer Kolll, Johann Hohenell-Kreuzendorf, als 2. Schriftführer Kolll, Paul Schilke-Glauche, zum Revisor Kolll, Johann Hohenell-Kreuzendorf und die Beisitzer Kolll, Karl Sewina-Kreuzendorf, Josef Scholz-Profchau, Johann Bernert-Profchau, Josef Fildis-Profchau. Sämtliche Kollegen nahmen die Wahl an und versprachen für die weitere Ausbreitung unseres Verbandes einzutreten. Hierauf wies Kollege Witz auf die zu erwartende Lohnbewegung im Namslauer Gebiet hin und forderte zu ihrer Auslösung auf. Da wir im hiesigen Gebiet mit einer großen Anzahl Lehrlinge zu rechnen haben, dürfen auch diese nicht aus den Augen gelassen werden. — Nachdem noch einige Drischaffen mit Hausagitation bedacht wurden und Kollegen sich dazu freiwillig meldeten, wurde die Sitzung um 2 Uhr geschlossen.

Oberhausen. Am 16. Januar, nachmittags 2 Uhr, fand in Oberhausen im Gewerkschaftshaus unsere Generalversammlung der Verwaltungsstelle statt. Tagesordnung: 1. Vortrag des Kollegen Händchen (Bochum), 2. Jahres- und Kassenbericht des Kollegen Kirsner, 3. Wahl der Lohnkommission. Verschiedenes. Kollege Händchen eröffnete die Versammlung und erzielte dem Kollegen Händchen das Wort. In klaren und leicht verständlichen Worten besprach der Referent die letzten stattgefundenen Verhandlungen, woraus sämtliche Delegierten entnehmen, daß es heißt sich rüsten für die Zukunft. Sämtliche Kollegen versprachen, in ihren Zählstellen alles daran zu setzen, daß der letzte Mann der Organisation zugeführt würde. Den Kassen- und Tätigkeitsbericht erstattete der Kollege Kirsner. Aus demselben war zu entnehmen, daß im Berichtsjahre 20 405 Marken verkauft worden mit einer Einnahme von 10 712,90 Mk. Die Gesamteinnahme betrug 11 540,87 Mk. Ausgabe der Zentralkasse: für Krankenunterstützung 395,65 Mk., an 2 Mitglieder Sterbeunterstützung 72 Mk., an 12 Mitglieder Sterbeunterstützung 209,25 Mk., in bar an die Zentralkasse gezahlt 6298,08 Mk., insgesamt 7124,13 Mk. Im Jahre 1908 wurden von der Zentralkasse an Unterstützung für die Kollegen gezahlt 413,25 Mk., im Jahre 1909 826,65 Mk.; mithin ein Mehr von 413,40 Mk. Die Ausgaben der Lokalfassungen betragen insgesamt 3863,04 Mk. Die Konjunktur liegt in den letzten zwei Jahren gewaltig nach. Im Stadtbezirk Oberhausen z. B. ist eine Verringerung der Zahl von 480 Bauarbeitern zu verzeichnen. Dieses Verhältnis ist nachweislich mit Ausnahme der Zählstelle Lamborn in allen anderen Drischaffen vorhanden. Die Hoffnung, welche am Schlusse des Jahres 1908 ausgesprochen wurde, ist nicht in Erfüllung gegangen. Das Jahr 1909 war für unsere Kollegen in der Verwaltung Oberhausen ein recht drückendes. Wenn auch der Stand der verschiedenen Zählstellen nicht mehr der alte ist, und die wirtschaftliche Depression tiefe Wunden geschlagen hat, so ist doch die innere Organisation eine bessere geworden. Trotz der Abnahme der Mitgliederzahl sind die Einnahmen so ziemlich die alten geblieben. Im Berichtsjahre fanden Mitglieder- sowie öffentliche Versammlungen 163 statt. In 26 war ein Vertreter anwesend. Bereits in jeder Versammlung wurde ein sozialpolitisches oder agitatorisches Thema behandelt. Wandereleganten, Hauskassierer und Vorstandssitzungen fanden 33 statt. Wandereleganten-Versammlungen 3. Bezirksvorstandssitzungen 7. Schlichtungskommissionssitzungen 5. Soziale Wahlen fanden 4 statt, wobei die christliche Gewerkschaft siegte. Vertretungen am Gewerbegericht 2, Verhandlungen mit Arbeitgebern 3, Verträge wurden 2 abgeschlossen, und zwar nach dem Muster des rheinisch-westfälischen Tarifvertrags. Angefertigt wurden 18 Steuerreklamationen, 4 Anfallsfragen (Keruse), 3 Gewerbegerichtsfragen. Ferner eine Anzahl Schriftstücke an die Knappschaft. Die Korrespondenz sowie der mühselige Verkehr per Telephon war ein reger. Ausgegangen sind: 196 Briefe, 499 Karten, 820 Druckfaden, 13 Geldsendungen, 8 Pakete. Auf dem Hektograph wurden 4580 Laussettel angefertigt. Eingegangen sind 93 Briefe, 287 Karten, 78 Druckfaden, 2 Telegramme, 97 Pakete. Aus vorstehendem Bericht ist zu ersehen, daß es an Organisationsarbeit nicht gefehlt hat, trotzdem darf nicht vergessen werden, daß noch eine große Anzahl Aufgaben in der Zukunft erfüllt werden müssen. Mögen daher alle Kollegen mit Mut und Entschlossenheit weiterarbeiten an dem Ausbau unserer Organisation. Ehrlichkeit, Disziplin und Opferbereitschaft müssen besonders gepflegt werden, denn ernste Zeiten stehen uns bevor. Das Jahr 1910 wird uns eine bessere Bautätigkeit bringen, dazu mit Mut und Eifer an die Organisationsarbeit, damit die Lage der Kollegen gebessert wird. An dieser Stelle aller Kollegen Dank, welche sich an der Mitarbeit in der Verwaltungsstelle beteiligt haben. Mögen sie auch ferner mitwirken zum Nutzen und zur Hebung des Arbeiterstandes.

Robbath. Unsere diesjährige Generalversammlung, welche am 20. Januar tagte, war äußerst schwach besucht. Der Grund ist darin zu suchen, daß eine große Anzahl Kollegen bei der Heimkehr sich nicht anmeldeten, hauptsächlich um die Winterbeiträge zu zahlen. Die Versammlung wurde vom Kollegen Horz eröffnet. Derselbe erstattete den Jahresbericht. Sodann gab der Kassierer den Kassenbericht, welcher einen Bestand der Lokalfasse von 105,22 Mk. aufwies. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Hierauf wurde zur Vorstandswahl geschritten. Es wurden gewählt: als 1. Vorsitzender Joh. Christ. Horz, als 2. Vorsitzender Christian Hoffmann, als Kassierer Wilhelm Schäfer, zum 1. Schriftführer Jos. Lubentius, zum 2. Schriftführer Joh. Schmitt. In Revisoren wurden die Kollegen Johann Hermann und Peter Obermann gewählt. Nachdem der 1. Vorsitzende die neugewählten Vorstandsmittelglieder

ernannt hatte, recht eifrig mitzuwirken, damit der letzte Indifferente dem Verbands zugeführt würde, schloß er die Versammlung.

Witzig. Am 8. Januar fand hier eine öffentliche Bauhandwerker-Versammlung statt, welche von 51 Kollegen besucht war. Kollege Müller aus Dattzig sprach über die Aufgaben der Bauhandwerkerschaft in der Gegenwart. Der Erfolg der Versammlung war, daß sich 40 Kollegen zur Aufnahme meldeten. Es konnte gleich die Verwaltungsstelle gebildet und der Vorstand gewählt werden. Als 1. Vorsitzender wurde Kollege Paul Gasse, Zimmergeselle, als Kassierer August Janusch, Maurergeselle, und als Schriftführer Joseph Schönburg, Zimmerpolier, gewählt. Um die neugegründete Drischuppe noch mehr zu befestigen, fand am 23. Januar nochmals eine öffentliche Versammlung statt, die von etwa 80 Kollegen besucht war; Kollege Müller hielt einen recht lehrreichen Vortrag, welcher ebenfalls seine Wirkung nicht verfehlte; 16 Kollegen traten wiederum dem Verbands bei. Den Kollegen von Witzig kommt die Erkenntnis zwar etwas spät, daß alle sich der Organisation anschließen müßten, wenn auch dort die miserable Lage gebessert werden soll. Doch kann es noch gutgemacht werden, wenn alle nümmer der Organisation treu bleiben und in dem Sinne handeln, wie der Referent es allen dringend ans Herz gelegt hat.

Saarbrücken (Zählstelle Spichern). Am Sonntag, den 16. Januar, tagte beim Witt Reif unsere diesjährige Generalversammlung mit Neuwahl des Vorstandes. Kollege Waque, der zu derselben erschienen war, gab einen ausführlichen Bericht über die bis jetzt gepflogenen Unterhandlungen. Demnach sei die Lage der Bauarbeiter sehr ernst, da die Unternehmer wohl einen „Mustervertrag“, und zwar auf fünf Jahre, bagegen aber eine Lohn-erhöhung in diesem Zeitraum nicht eintreten lassen wollten. Der Kassenbericht gab Kollege Klaus bekannt. Die Einnahmen betrugen 459,35 Mk., die Ausgaben 35 Mk., somit ist die Verwaltungsstelle abgeführt 424,35 Mk. Die Mitgliederzahl ist von 18 auf 28 gestiegen. In den Vorstand wurden folgende Kollegen gewählt: Josef Geyer, erster Vorsitzender, Peter Altmann, zweiter Vorsitzender, Franz Spöhr, Schriftführer, Michel Klaus, Kassierer, Joh. Eberich und Jakob Michels als Revisoren.

Schwetzn a. W. Am 16. Januar hielt unsere Verwaltungsstelle ihre Generalversammlung ab, die trotz des schlechten Wetters ziemlich gut besetzt war. Kollege Kitzelt aus Wösten war zu derselben erschienen. Der Vorsitzende Kollege Kaiser eröffnete die Versammlung mit folgender Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 4. Quartal, 2. Vorstandswahl, 3. Wahl der Lohnkommission. 4. Vortrag des Kollegen Kitzelt. Der Kassierer gab die Abrechnung bekannt, welche von den Revisoren für richtig befunden wurde. Der alte Vorstand wurde im wesentlichen wiedergewählt. Neugewählt wurde als 1. Vorsitzender der Kollege Stephan Weder, Brüderstr. Nr. 12, und zum 2. Kassierer der Kollege Stremel. In die Lohnkommission wurden gewählt die Kollegen Kaiser, Weder, Geyel und Manja für die Stadt, und der Kollege Julius Trumbö-Soppe für die auswärtigen Kollegen. Kollege Kitzelt hielt einen lehrreichen Vortrag über die gegenwärtige Lage im Baugewerbe. In ersten Worten führte er den Kollegen den Plan der Arbeitgeber und deren Vertragsmuster vor Augen. Es wurde dann bekannt gegeben, daß an unserem Orte Verhandlungen mit den Arbeitgebern stattgefunden haben, die aber resultatlos verliefen. Bei Punkt Verschiedenes wurden noch einige Angelegenheiten erledigt, und dann die Versammlung geschlossen.

Trier. Am Freitag, den 14. Januar, hielten wir unsere diesjährige Generalversammlung ab. Auf der Tagesordnung standen folgende Punkte: 1. Vortrag unseres Bezirksleiters Kollegen Weltum (Saarbrücken) über unsere bevorstehende Lohnbewegung; 2. Diskussion; 3. Verschiedenes; 4. Vorstandswahl und Wahl einer Lohnkommission. Der Kassenbericht mußte umständlicher als die nächste Versammlung verschoben werden. Kollege Heib eröffnete die Versammlung, welche ziemlich gut besucht war, und dankte den Kollegen für ihr pünktliches Erscheinen, bedauerte aber auch, daß es noch so viele Kollegen nicht für notwendig halten, sich an einer Versammlung wie der heutigen zu beteiligen. Ungenügende Vorbereitung würde so gut vorbereitet, daß man hätte ausnahmslos kommen, es fehle kein einziger Kollege, er müsse denn krank sein. Das schlechte Wetter und die andauernde Arbeitslosigkeit mögen wohl bei manchem Kollegen dazu beigetragen haben, der Versammlung fernzubleiben. Das alles sei aber kein Grund, zumal jeder wüßte, daß die Unternehmer uns den Tarif gekündigt haben und wir dazu Stellung nehmen müssen. Kollege Weltum legte uns klar und deutlich die Stellungnahme des Arbeitgeberbundes dar. Auf der ganzen Linie gerichtet. Es soll aber den Arbeitgebern nicht gelingen, ihre Pläne zur Durchführung zu bringen. Sie sollen hier auch auf Granit begehen. Die Arbeiter müssen sich zu diesem Zwecke zusammenschließen und geschlossenen Schultern an Schultern stehen. Den Kollegen von Trier mußte aber klar sein, daß das nicht hinter dem Ofen oder in der Wirtschaft hinter einem Glase Bier geschehen kann. Für einen besseren Versammlungsbesuch müsse gefordert werden, damit diejenigen Kollegen, die den Organisationsgedanken noch nicht voll und ganz erfasst haben, geschult werden, und deren gibt es noch viele. Manche Kollegen meinen, es wäre der guten Sache schon Genüge geleistet, wenn sie wüßten ihre Beiträge zahlen. In der Diskussion vertragen die Kollegen, mehr als bisher in der Agitation tätig zu sein und nicht eher zu ruhen und zu rasten, bis der letzte Indifferente der Organisation zugeführt sei. Hierauf wurde zur Vorstandswahl übergegangen. Aus dieser gingen hervor Kollege Nikolaus Geis als erster Vorsitzender und Kollege Konstantin Jansen als zweiter; als erster Kassierer wurde wiedergewählt Kollege Stüb und als erster Schriftführer unser bewährter Kollege Joh. Wagh. Die Wahl eines zweiten Kassierers und die Wahl eines zweiten Schriftführers wurden zur nächsten Versammlung zurückgestellt wegen der vorgerückten Zeit. In die Lohnkommission wurden die Kollegen Mit. Geis, Math. Weder, Müller und Spring gewählt. Sämtliche Kollegen nahmen ihr Amt an und versprachen alles zu tun, was zum Wohle der Trierer Maurer und Hilfsarbeiter notwendig ist. Nach einem kurzen Appell an die Kollegen, die dem Verbands noch abweisenden Kollegen diesem zuzuführen, wurde mit einem Hoch auf die christliche Arbeiterbewegung die gut verlaufene Versammlung geschlossen.

Weiden. Am 16. Januar fand unsere Generalversammlung statt, die gut besucht war. Zunächst gab der Vorsitzende, Kollege Gmeiner, einen kurzen Rechenschaftsbericht über das vergangene Jahr. Er betonte, daß der Tarifvertrag von den Arbeitgebern schlecht eingehalten würde; nur bei einigen Meistern, wo die Kollegen gut organisiert seien, gelange er voll zur Durchführung. Die Mitgliederzahl hat sich um 28 Kollegen vermehrt. An Krankentatbestätigung wurden ausbezahlt in fünf Fällen 105,15 Mark. An Sterbegeld in zwei Fällen 72 Mark. Die Kollegen werden daraus ersehen, daß auch die Organisation den Kollegen in Notfällen, bei Krankheiten usw., zu Hilfe kommt. Dann gab der Kassierer den Kassenbericht bekannt. Derselbe wurde von dem Revisor für richtig befunden und so dem Kassierer Entlastung erteilt. In die Vorstandswahl wurden gewählt die Kollegen: Gmeiner als Vorsitzender, Jätterer als Kassierer, Seger als Schriftführer, Ziegler und Korb als Revisoren. Im Punkte „Verschiedenes“ wurde noch einiges besprochen und angenommen. Die Kollegen werden daraus ersehen, daß heutzutage die Organisation notwendig ist, wenn wir zu besseren Lohnverhältnissen kommen wollen. Jetzt heißt es, ein jeder Kollege muß ein Agitator sein, damit wir die noch fernstehenden Kollegen für unsere Organisation gewinnen. Dann werden wir wieder siegreich aus dem Kampfe hervorgehen.

Wetter. Am 23. Januar fand unsere Generalversammlung statt mit folgender Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 4. Quartal, 2. Vorstandswahl, 3. Vortrag des Kollegen Werner, 4. Beratung über die Hausbewegung. Der Vorsitzende Kollege Obermann begrüßte die erschienenen Kollegen recht herzlich. Zu Punkt 1 gab

der Kassierer Kollege Hermann den Bericht. Die Einnahme im 4. Quartal betrug 213,80 Mk. Der Anteil der Hauptkasse betrug 175,51 Mk. Hier von wurden verausgabt für 43 Tage in 2 Fällen 19,35 Mk. für Krankenunterstützung, mithin waren noch einzuladen 166,16 Mk. an die Zentrale. Der Anteil der Lokalkasse betrug 40,84 Mk., hinzugerechnet den Bestand vom 3. Quartal 184,88 Mk., macht Summa 225,72 Mk. Die lokalen Ausgaben betragen 35,09 Mk., bleibt also noch ein Bestand von 190,63 Mk. Die Revisionen bestätigten die Richtigkeit der Abrechnung. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Punkt 2 fand die Erledigung, indem folgende Kollegen gewählt wurden: 1. Vorsitzender Hermann Straßhütter, 2. Vorsitzender Peter Obermann, 1. Kassierer A. Hermann, 1. Schriftführer Heinrich Landwehr. Sämtliche Kollegen nahmen die Wahl an. Als Hauskassierer wurden gewählt die Kollegen S. Landwehr, Aug. Straßhütter, Will. Nagel und Gustav Selbmann. Zu Revisoren wurden bestimmt Heinrich Uffmann und Heinrich Vorficht. Diese nahmen die Wahl ebenfalls an. Bezirksleiter Kollege Werner dankte hierauf dem ausscheidenden und neugewählten Vorstand, sowie den Hilfskassierern für ihre Mühe und Tätigkeit. Hierauf folgte Punkt 3, indem Kollege Werner einen lehrreichen Vortrag hielt über die Lage im Baugewerbe, insbesondere kennzeichnete er die Bestrebungen der Arbeitgeberverbände im Baugewerbe. Die Bestrebungen seien darauf gerichtet, die Arbeiterkraft des Baugewerkes zu brechen. Die Erklärung des Vertragsmusters für das Baugewerbe bestätigt dies voll und ganz. Besonders aber wurde beleuchtet der Zwangsarbeitsnachweis in seiner ganzen Tragweite. Reicher Beifall lohnte den Redner. Zu Punkt 4, Kündigung des Vertrages, setzte eine ziemliche Diskussion ein. Kollege Weisheit erläuterte zunächst die Lohn- und Arbeitsbedingungen in der gesamten Umgebung. Recht treffend schilderte er die Lage der Kollegen von Werther. Überall sind bessere Verhältnisse und darum müßten auch die Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter nun mehr energisch darangehen und ihre Lage verbessern. Die übrigen Diskussionsredner schlossen sich diesen Ausführungen an. In gehemter Stimmabgabe wurde beschlossen, den Unternehmern die Kündigung einzureißen. — Bauhandwerker und Hilfsarbeiter von Werther und Umgebung! Jetzt heißt es tüchtig agieren, damit sämtliche Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter organisiert werden, denn am 31. März ist der Vertrag abgelaufen. An den Kollegen liegt es nun, ob sie ein besseres Verhältnis haben wollen oder ob sie zurückbleiben wollen. Unsere Parole ist: Vorwärts immer! Darum frisch an die Organisationsarbeit, denn bereinigte Kräfte kann man niemals unterjochen.

Würzburg. Am Sonntag, den 16. Januar, fand unsere Generalversammlung statt. Kollege Störlein als Vorsitzender eröffnete dieselbe mit Bekanntgabe der Tagesordnung und erteilte dem Kollegen Behringer das Wort. In klarer und verständlicher Weise gab derselbe einen Rückblick vom Jahre 1909. Ganz besonders betonte er den flauen Versammlungsbesuch und ebenso, daß sich die Kollegen zu wenig an der Agitation beteiligt haben; wir hätten sonst einen ganz anderen Zuwachs erhalten. Kollege Behringer kam auch auf die Lohnbewegung von 1909 zu sprechen. Da fanden sich alle Kollegen ein, weil sie die Not dazu trieb. Sobald die Bewegung vorüber war, sind auch die Kollegen wieder leichtsinnig geworden; sie glaubten, den Verband jetzt nicht mehr notwendig zu haben. Der Festentwurf führte ihnen klar vor Augen, daß es in diesem Jahre vielleicht einen viel größeren Kampf abgeben kann, als er der Fall in Würzburg 1909 war. Die Kollegen sollen sich doch der Tragweite dieser Situation mehr bewußt sein und nicht einfach so dahinfließen, als sei alles in bester Ordnung. Neugewählt wurden folgende Kollegen: Störlein erster, Nees zweiter Vorsitzender; Raub erster, Seibert zweiter Kassierer; Moritz erster, Volkert zweiter Schriftführer; Ranning und Schmitt Revisoren. Nach einem warmen Appell an die Ertrügnen schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Die Gewerkschaftsbewegung im Jahre 1909.

Die diesmalige wirtschaftliche Krise hat bekanntlich die Gewerkschaftsbewegung nicht in nennenswerter Weise erschüttern können. Allerdings hatten alle Gewerkschaftsrichtungen im Jahre 1908 einen mäßigen Rückgang erlitten, und zwar die christlichen Gewerkschaften in Höhe von rund 20 000, die sozialdemokratischen von 73 000 und die kirchlich-dunkelschönen Gewerkschaften von rund 3000 Mitgliedern. Auch in der ersten Hälfte des vergangenen Jahres konnten keine wesentlichen Fortschritte erzielt werden. Gegen Ende des Jahres ist dagegen der Umkehrpunkt eingetreten. Der Mitgliederverlust des Jahres 1908 ist zum Teil wieder eingeholt. In kurzer Zeit wird er ganz überwunden sein.

Für die christlichen Gewerkschaften war das vergangene Jahr ein sehr bewegtes. Vor allem hatten sie von sozialdemokratischer Seite auf Grund der bekannten politischen Vorgänge eine Hege ohne gleichen anzuhalten. Ein Jahresrückblick im Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften zeigte jedoch erheitlichend, daß der sozialdemokratische Ansturm glänzend abgeblieben ist. Die Warnungsdienste über angebliche gewalttätige Verluste der christlichen Gewerkschaften, über die Abspaltung ganzer Zahlstellen sind vollständig aus der Luft gegriffen. Das Zentralblatt kann mit Befriedigung konstatieren: „Trotz dieser Hegearbeit und trotz der in 1909 auf dem deutschen Wirtschaftsleben lastenden Depression haben die christlichen Gewerkschaften im verlosenen Jahre ihren Mitgliederstand nicht nur behauptet, sondern ihn noch um circa 15 000 vermehrt. Damit wurde erneut der Nachweis erbracht, daß die christlichen Gewerkschaften unter der christlich gesinnten Arbeiterbevölkerung bereits so tiefe Wurzeln gefaßt, daß sie selbst dem stärksten sozialdemokratischen Ansturm zu trotzen vermögen.“

Mit dieser Mitgliederzunahme werden die christlichen Gewerkschaften absolut nicht sehr viel hinter den sozialdemokratischen Gewerkschaften zurückbleiben. Prozentual ist die Zunahme bei ersteren zweifellos viel größer. Ebenfalls in seinem Jahresrückblick gibt das „Korrespondenzblatt der Generalkommission“ der sozialdemokratischen Gewerkschaften einen Überblick über die Entwicklung derselben im vergangenen Jahre. Danach hat sich bei den meisten sozialdemokratischen Gewerkschaften im ersten Quartal noch ein Rückgang gezeigt, der im zweiten, teilweise erst im dritten Quartal zum Stillstand kam. 41 sozialdemokratische Verbände, die vier Fünftel aller sozialdemokratischen Gewerkschaftsmitglieder umfassen, hatten am Ende des dritten Quartals 1909 gegenüber dem gleichen Zeitpunkt des vorhergegangenen Jahres eine Zunahme von 10 890 Mitgliedern. Für die gesamten sozialdemokratischen Gewerkschaften rechnet das „Korrespondenzblatt“ mit einer Zunahme von 13 500 Mit-

gliedern in dem genannten Zeitraum. Das Blatt hofft, daß von Jahreschluß zu Jahreschluß die aufsteigende Entwicklung noch schärfer hervortreten wird.

Von den kirchlich-dunkelschönen Gewerkschaften liegen noch keine Mitteilungen über die Entwicklung im vergangenen Jahre vor. Doch wird auch hier wohl mit einer geringen Zunahme gerechnet werden können. In dieser Entwicklung der deutschen Gewerkschaftsbewegung spiegelt sich ebenfalls die Besserung der gesamten wirtschaftlichen Verhältnisse wider.

Volkswirtschaftliches u. Soziales.

Krankenkassen und Wohnungsfrage. Die Ortskrankenkasse der Kaufleute in Berlin hatte viele Jahre lang Erhebungen über die Wohnungsverhältnisse der erkrankten Mitglieder veranstaltet. Nachdem diese Erhebungen ein ganzes Jahrzehnt lang unbeachtet geblieben waren, machte der Preussische Landesverband der Haus- und Grundbesitzer eine Eingabe, in der von den Behörden gefordert wurde, daß diese Erhebungen zu verbieten seien. Vom Magistrat Berlins und in der höheren Instanz vom Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg wurde der Antrag der Hausbesitzer abgelehnt, weil auch nach Ansicht dieser Instanzen die Krankenkassen das Recht hätten, solche Erhebungen vorzunehmen. Anderer Ansicht war der preussische Handelsminister, denn aus dem Handelsministerium kam eine Verfügung, die der Ortskrankenkasse der Kaufleute die Vornahme weiterer Wohnungerhebungen untersagte. Gegen diese Verfügung rief die Krankenkasse die Entscheidung des Bezirksausschusses an. Der Bezirksausschuß entschied zugunsten des Handelsministeriums, da sich das preussische Handelsministerium auch bei diesem Entscheid nicht begnügte, so mußte sich auch noch das Preussische Oberverwaltungsgericht mit dieser Sache beschäftigen. Auch das Oberverwaltungsgericht entschied jetzt zugunsten des Handelsministeriums, so daß also die Kasse auch fernerhin ihre Wohnungerhebungen vornehmen kann.

Die Arbeitslosenunterstützung in den skandinavischen Ländern. Bei den immer häufiger werdenden Erörterungen über die Frage der Arbeitslosenunterstützung wird fast immer auf das sogenannte Genter System hingewiesen, das zuerst in der Stadt Gent angewendet worden ist und von dort aus eine ziemlich weite Verbreitung gefunden hat. Das Genter System besteht darin, daß die Arbeitslosenkassen der Arbeiterverbände einen Zuschuß aus Gemeindegeldern erhalten und auch von den Gemeinden mit kontrolliert werden. Diese Art der Arbeitslosenunterstützung geht natürlich auch nur von den Gemeinden aus. Dagegen ist noch nicht so allgemein bekannt, daß in Norwegen schon seit 1906 und in Dänemark seit 1907 auch schon eine staatlich geregelte Arbeitslosenunterstützung besteht. Das Gesetz über die Arbeitslosensicherung in Norwegen wurde im Juni 1906 angenommen und trat am 1. Oktober desselben Jahres in Wirksamkeit. Zunächst war festgesetzt, daß die Arbeitslosenkassen bei ihren Ausgaben für Unterstützungen einen staatlichen Zuschuß von 25 Prozent erhalten sollten, im Jahre 1908 wurde jedoch dieser Zuschuß auf 33 1/3 Prozent erhöht. Alle die Arbeitslosenkassen, die den staatlichen Zuschuß in Anspruch nehmen wollen, müssen folgende Hauptbedingungen erfüllen. Mindestens die Hälfte der Einnahmen in einer Arbeitslosenkasse muß durch die Mitglieder aufgebracht werden, Unterstützung darf nur an norwegische Bürger gezahlt werden oder an fremde Staatsangehörige, die mindestens 5 Jahre in Norwegen leben. Mitglieder, denen Arbeitslosenunterstützung gewährt wird, müssen wenigstens 26 Wochen Mitglieder der Kasse sein und für diese Zeit Beiträge bezahlt haben. Im Laufe eines Jahres darf die Arbeitslosenunterstützung nicht länger als 90 Tage gezahlt werden. Außerdem sind die Arbeitslosenkassen der Arbeiterverbände, wenn sie Anspruch auf den staatlichen Zuschuß machen, gezwungen, auch solche Mitglieder aufzunehmen, die den Arbeiterverbänden nicht angehören, jedoch verbleibt ihnen in diesem Falle das Recht, wegen der Verwaltungskosten einen um 10-15 Prozent höheren Beitrag einzufordern. Die Arbeitslosenkasse einer Organisation muß getrennt geführt werden, die darin aufgeschickerten Mittel dürfen nicht gepfändet oder mit Arrest belegt werden. Wie sich die Gläubiger einer Arbeiterorganisation an deren Arbeitslosenkasse nicht schadlos halten können, so dürfen auch dem einzelnen Mitgliede die aus der Arbeitslosenkasse fließenden Unterstützungen nicht gepfändet werden. In Dänemark ist jetzt die staatliche Unterstützung der Arbeitslosenkassen zwei Jahre in Wirksamkeit. Wie in Norwegen beträgt auch in Dänemark der staatliche Zuschuß 33 1/3 Prozent, doch bleibt es den Gemeinden überlassen, noch einen Zuschuß von 16 2/3 Prozent zu gewähren, so daß alsdann die Arbeitslosen auf ihre aus den Arbeitslosenkassen fließende Unterstützung einen Zuschuß von 50 Prozent erhalten. Im Jahre 1908 war ungefähr der dritte Teil der gewerblichen Arbeiter in Dänemark gegen Arbeitslosigkeit versichert, jetzt hat ungefähr die Hälfte der dänischen Arbeiter Anspruch auf Bezug von Arbeitslosenunterstützung mit dem staatlichen und zum großen Teil auch noch mit dem kommunalen Zuschuß. Im Vorjahre ist das Arbeitslosengesetz in Dänemark noch etwas verbessert worden, als den Gemeinden durch Gesetz gestattet worden ist, den von den Arbeitslosenkassen schon ausgesetzten Mitgliedern ohne Beeinträchtigung ihrer bürgerlichen Rechte weitere Unterstützungen zu gewähren und zwar bis zur Höhe der von den Arbeitslosenkassen bereits ausgezahlten Summe. Von Bedeutung ist noch, daß die Unterstützung in Dänemark auch als Reise- und Mietunterstützung bezahlt werden kann und auch als Naturalunterstützung. Die Wartezeit zwischen dem Beginn der Arbeitslosigkeit und dem Bezug von Arbeitslosenunterstützung dauert in Norwegen nur 3 Tage, in Dänemark dagegen 7 Tage.

Berlin's Kohlenverbrauch im Jahre 1909. Der gewerbliche Aufschwung der Reichshauptstadt spiegelt sich in den Kohlenverbrauchsangaben für 1909 wider. Die gesamte Kohlenanfuhr stellte sich für 1909 in Berlin auf 3 857 714 Tonnen, in Berlin und Vororten auf 6 555 532 Tonnen gegen 3 814 222 Tonnen und 6 270 096 Tonnen im Jahre 1908 und 3 800 147 Tonnen und 6 083 603 Tonnen im Jahre 1907. Nach den amtlichen Feststellungen kamen haben in Berlin an Steinkohlen und Holz aus England 975 782 Tonnen (im Vorjahre 954 310 Tonnen), von der Ruhr 304 069 Tonnen (267 765 Tonnen), Oberschlesien 1 043 265 Tonnen (1 021 262 Tonnen), Niederschlesien 157 884 Tonnen (178 774 Tonnen), überhaupt 2 493 640 Tonnen (1 433 102 Tonnen); ferner kamen aus Braunkohlen und Briketts aus Preußen und Sachsen 1 357 829 Tonnen (1 243 662 Tonnen) und im ganzen 1 364 074 Tonnen (1 271 624 Tonnen) nach Berlin.

Soziale Wahlen.

Weimar. Am Freitag, den 21. Januar, wurden in Weimar bei Hochmuth die Vertreter-Wahlen zur Ortskrankenkasse getätigt. Von Arbeitnehmerseite standen sich drei Listen gegenüber, die folgende Stimmzahlen auf sich vereinigten: christliche Gewerkschaften 46; sozialdemokratische Gewerkschaften 51, und eine Sonderliste 37 Stimmen. Der Ausfall der Wahl ist kein erfreulicher für uns, es muß aber berücksichtigt werden, daß die Kasse sich größtenteils aus Mitgliedern des Baugewerkes zusammensetzt, und unsere Kollegen bekanntlich zur Mehrzahl in der Heimat weilen.

Auch hatte der Vorstand die Wahlzeit um 2 Uhr nachmittags angelegt, so daß alle Wähler die Arbeit vermissen mußten. Gegen die Wahl ist Protest erhoben, weil mehrere Unregelmäßigkeiten vorgekommen sind.

Briefkasten.

Erfinder, Essen. Hast Du denn Deine Erfindung patentieren lassen? Wenn nicht, dann wende Dich an einen Patentanwalt. Alsdann läßt sich über das Weitere reden.
Nach Unterbach. Wenn Euer Gemeinderat beschloffen hat, daß jeder Haushalt ohne Unterschied 12 Mk. für die neuerbaute Wasserleitung zahlen soll, so widerspricht das den einfachsten Gründen der Gerechtigkeit und Billigkeit, wenn man keinen anderen Ausdruck dafür gebrauchen will, der eigentlich am Platze wäre. Denn es ist doch einfach unerbötlich, dem armen Mann mit ein paar Ziege oder einer Kuh den gleichen Betrag aufzuhacken, wie der großen Bauer mit 15-20 Stück Vieh. Wechselt Euch gegen diese Beschluß beim Kreisaußschuß. Sammelt für die Beschwerbeschreiben so viel wie möglich Unterschriften. Der beste Schutz ist, daß die Arbeiter in den ländlichen Orten danach streben, selbst ihre Vertreter in den Gemeinderat hineinzusenden.

Literarisches.

Mörteluntersuchungen von Professor Hermann Gerner, Ingenieur, Oberlehrer an der Kgl. Baugewerkschule in Frankfurt a. O. 1. Teil: Text; geb. 77 S. 2. Teil: Tafeln; geb. 44 Tafeln. Preis für beide Teile 6 M. (Einzeln nicht erhältlich.) Verlag der „Tonindustrie-Zeitung“ G. m. b. H., Berlin NW 21. — Über Zement, Kalk- und Mörteluntersuchungen liegt heute bereits eine Fülle guter Schriften vor, und doch wird ein Ueberblick außerordentlich erschwert, wenn nicht unnötig gemacht, weil eine Vergleichung der Ergebnisse, die auf verschiedenem Wege und unter wechselnden Bedingungen gewonnen wurden, unzulässig ist. Der mit dem Unterricht über dieses Gebiet Vertraute wird diesen Mangel doppelt schmerzhaft empfinden; es verdient daher Anerkennung, daß sich der Verfasser nicht zur Schar der Mühsüchtigen und Grollenden gestellt hat, sondern frisch und Wert gegangen ist, um sich in planvoller Arbeit durch ungezählte mühsame Versuche eigene Klarheit zu verschaffen und die unersichtlichen Zweifel aus dem Wege zu räumen. So hat er Zug- und Druckfestigkeit, Scheer- und Haftfestigkeitsversuche vorgenommen, um die Eigenschaften der Mörtel von allen Seiten beleuchten zu können. Notwendigerweise war dabei von den allgemein eingeführten und anerkannten Prüfungsverfahren auszugehen. Die Reichhaltigkeit des Buches ist so überraschend, daß wohl kaum eine Frage unbeantwortet bleibt, und das Gebotene erscheint um so wertvoller, als ein Fachmann, der die Bedürfnisse und die Schwächen der Praxis genau kennt, zum Leser spricht und ein wohlgegliedertes Gerüst aufzubauen trachtet. Daß er bei Darstellung der Versuchsergebnisse den graphischen Weg bevorzugt und die jede Uebersichtlichkeit erschwerenden Zahlentafeln tunkelst meidet, berührt mindestens ebenso angenehm, wie der Verzicht auf jedes wissenschaftliche Mantelchen und den zumeist nach Wichtigkeit schmeckenden Formelhaushalt. Es steht zu hoffen, daß die geleistete tüchtige Arbeit reiche Früchte trage und das Buch eine recht weite Verbreitung finde; diesen Wunsch wird ihm jeder Wohlmeinende mitgeben.

„Lehrbuch der Baustoffkunde“ zum Unterricht an Baugewerkschulen und zum Selbstunterricht. Bearbeitet von Professor Dr. E. Glinzer, Oberlehrer der Staatlichen Baugewerkschule zu Hamburg. 4. Auflage, zum großen Teil neu bearbeitet und bis auf die neueste Zeit ergänzt. Verlag H. A. Ludwig Degener, Leipzig, 4,20 M.

Notorisch eines der besten und vor allen Dingen praktischsten Hand- und Lehrbücher für die Baustoff- oder Baumaterialienkunde nicht nur für die Schule, sondern besonders auch für alle in der Praxis stehenden Baubefehlshaber, Baumeister, Baugewerksmeister, Maurermeister, Polierer usw. ist entschieden Professor Dr. Glinzer's Lehrbuch der Baustoffkunde. Eine ganze Reihe maßgebender Autoritäten erklären, schließlich, wenn um Rat gefragt, daß es für die in Frage kommenden Kreise tatsächlich kein besseres Buch gibt. Die sechsen erscheinene neue 4. Ausgabe bringt den Inhalt des Buches wieder völlig auf die Höhe der Zeit und behandelt auch die neuesten bewährten Baustoffe, natürliche und künstliche Steine, Luftmörtel, hydraulischen Mörtel, Zement, Beton, Eisenbeton, sämtliche Bauhölzer, Eisen und sonstige Metalle, ebenso auch die Ausbaustoffe wie Glas, Wasserglas, Kitt, Pech, Asphalt, Dachpappe usw., Zinnober, u. a., Farbstoffe, Firnisse und Lacke, die verschiedenen Malverfahren, Leue, Noth, Stroh, Wärme- und Schallschutzmittel. Ist das Buch erschöpfend, so ist es dabei doch sehr handlich, denn mit unübertrefflichem Geschick hat es der Verfasser meisterhaft verstanden, knapp und doch klar und erschöpfend alles zu behandeln. Ein ausführliches Sachverzeichnis erleichtert das Auffinden jedes Gegenstandes usw. im Augenblick. Die Ausstattung ist eine vorzügliche. Wir können voll und ganz unseren glänzenden Urteilen über das Buch anhängen und es unseren Lesern angelegentlichst zur Anschaffung empfehlen.

Sterbetafel.

Am 13. Januar starb plötzlich unser Kollege **Karl August Zimmer** im Alter von 42 Jahren.
Verwaltungsstelle **Görlitz**.
Am 21. Januar starb unser Kollege **Joh. Teufel** im Alter von 24 Jahren an Lungenschwindsucht.
Zahlstelle **Nürnberg**.
Am 25. Januar starb durch einen Unfall unser treues Mitglied **Ferdinand Jurgelt** im Alter von 50 Jahren.
Verwaltungsstelle **Königsberg**. **Dr. (Maurer)**.
Ehre ihrem Andenken!

Achtung! Verwaltungsstelle Rheine.
Unsere Generalversammlung findet am 2. Februar, 5 Uhr nachmittags, h. Garmes statt, wozu sämtliche Kollegen eingeladen werden. Tagesordnung: Vorstandswahl und Jahresbericht.
Der Vorstand.

Verwaltungsstelle Kofen (Maurer). (1,60)
Sonntag, den 6. Februar 1910, mittags 12 1/2 Uhr, findet im Schützenhause eine Mitgliederversammlung statt, wozu sämtliche Kollegen eingeladen werden.
Der Vorstand.